

Volkswacht

für Schlessien

Wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausschnitt“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Abonnementpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Filialen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedländer-Str. 105, Matthäusstraße 100, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. Preis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rm. - 4 Rm. Trägerspreis monatlich 1,75 Rm. + 35 Pf. Erlegerlohn - 2,10 Rm. Durch die Post einzgl. Bestellungsgebühren 2,46 Rm.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprach-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Verheirathungs-, Besuchs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Brüning gegen Putzgerüchte

Keine Putzgefahr vorhanden

Der Reichskanzler gewährte dem Vertreter der „United“ am Sonnabend eine Unterredung. Auf die Frage: beurteilen Sie, Herr Reichskanzler, die im Ausland verbreiteten Gerüchte über Putz-Veruche?“, erklärte der Kanzler: Ich entnehme aus Ihrer Frage, daß Sie auf amerikanische Stimmen anspielen, welche von einer von radikaler Seite aben Gefahr sprechen. Die beste Antwort auf diese Frage ist ein Hinweis auf die ja bekannte tatsächliche Lage in Deutschland. Ich bin überzeugt, daß Sie schon von sich aus Ihren Lesern melden werden, daß keine Putzgefahr, auch nicht in einem einzelnen Bezirk in Deutschland besteht. Die Reichsregierung hat deshalb auch unermüdet um solche Gerüchte und um den Ausgang der Wahlen ganze Kraft auf die sachlichen Aufgaben richten können, um zu bestehen, die während des Sommers in Angriff genommen und verschiedentlich auch zum Abschluß gebrachten Arbeiten fortzusetzen und auszubauen. Sie ist des einmütigen Besatzes, auf diesem Wege fortzufahren, da sie davon überzeugt sein kann, daß sie bei dieser ihrer Aufgabe die Unterstützung aller derer finden wird, die die beste Garantie für eine Arbeitsentwicklung in eben dieser sachlichen Arbeit sehen. Das ist der Ausgang der Wahlen die Mehrheit des deutschen Volkes. Ebenso wie diese überwiegende Mehrheit in dem schweren Kampf dem Zusammenbruch immer den festen Willen zu Ruhe und Ordnung gezeigt hat, ebenso sicher bin ich, daß dieser Gedanke des deutschen Volkes sich auch in der Zukunft durchsetzen wird. Das deutsche Volk war von jeher ein Volk der Arbeit und hat sich selbst in schwersten Zeiten durch eigene Kraft und eine Einschätzung des Möglichen vorwärts gehoben; dieser Sinn des deutschen Volkes ist die beste Garantie für die Verwirklichung der Aufbauarbeit, welche der Reichskanzler obliegt. Lokale Störungen sind hier und da auch in

früheren Jahren vorgekommen. Die staatlichen Machtmittel der Landespolizeibehörden reichen vollkommen aus, um solche Unruhen schon im Keim zu ersticken.“

Auch Wirth leugnet jede Putzgefahr

Reichsinnenminister Dr. Wirth gewährte dem Berliner Vertreter des „International News Service“ ein Interview, in dem er u. a. folgendes ausführte: „Nach sorgfältiger und kritischer Prüfung der politischen Lage in Deutschland, wie sie mir amtsmäßig zukommt, kann von einer Putzgefahr nicht gesprochen werden. Die kleine Wehrmacht ist absolut fest in der Hand des Herrn Reichspräsidenten. Versuche, in der Reichswehr sogenannte nationalsozialistische Zellen zu bilden, sind absolut fehlgeschlagen. Ein Prozeß wird in den nächsten Tagen vor dem Reichsgericht in Leipzig entschieden werden. Ueber die Polizei kann - abgesehen von dem Falle in Thüringen, wo wir durch Sperrung der Polizeigelder eingegriffen haben - ebenfalls gesagt werden, daß sie ein zuverlässiges Instrument in den Händen der Länder darstellt. Jeder Versuch, mit Gewalt irgend- wie gegen die Autorität des Staates anzugehen, würde - und das ist die feste Ueberzeugung der gesamten Reichsregierung - schon im Keime erstickt werden. Zu Besorgnissen über revolutionäre Umtriebe von rechts oder links ist keine Veranlassung gegeben. Selbstverständlich erfordert die gegenwärtige Lage getretere Radikalisierung der deutschen Wähler nicht nur größte Aufmerksamkeit von Seiten aller nicht revolutionären Parteien, sondern man muß sich auch aufrichtig und ehrlich Rechenschaft darüber geben, ob es fernerhin angebracht ist, Deutschland und seine Jugend, die zum größten Teil ohne Aufsicht lebt, unter unethischen Bedingungen dahinsiechen zu lassen.“

Außenpolitik des Hakenkreuzes

Was sie täten, wenn sie am Ruder wären.

Das muß ein erleuchteter Kopf sein. Wer steht ihr? Ein feiner, politischer Kopf. Schiller („Räuber“).

„Die deutschen Wahlen“, schreibt der „Figaro“ über den 14. September, „haben nur einen Sinn: die Revanche, das heißt den Krieg.“ Das ist in allerdings pessimistischer Zuspitzung der Eindruck, den die öffentliche Meinung aller Länder von dem Aufstieg der Hitler-Partei hat: daß die Verständigungspolitik, die eine friedliche Entwicklung des Erdteils verbürgen sollte, ernstlich bedroht ist. Überall Sorge, überall Unruhe, überall Kopfschütteln. Aber obwohl die Welt wirklich mit allem, ja, mit allem eher rechnen darf, als daß in der auswärtigen Politik Deutschlands über kurz oder lang der Kurs Hitlers gesteuert wird, und obwohl die sechs Millionen nationalsozialistischer Wähler keineswegs alle bewußte Revanchards sind, ist eine Antwort auf die Frage: Wie sieht die Außenpolitik des Hakenkreuzes aus?, sehr ausschlüssig, zumal wenn sie aus berufener Munde kommt. Also her mit „Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik“ von Alfred Rosenbergs! Der Name klingt verdächtig, aber der Mann ist echt: aus dem engsten Stabe Hitlers, Leitartikler des „Völkischen Beobachters“, seit letzten Sonntag M. d. R., gehört er sozusagen zu den nationalsozialistischen „Weisern von Zion“. Bei ihm wird man erfahren, wo Barthes den Most holt.

Selbstverständlich ist in keinem geschichtlichen Teil das Opus ein Märchenbuch. Die Ermordung Franz Ferdinands durch die Freimaurer, die Erdölung der deutschen Front durch die Sozialdemokratie, die deutschfeindliche Politik Stresemanns, die Weltbeherrschung des jüdischen Finanzkapitals - wie anatomische Präparate von Ideenmischgebirgen reißt sich das in Rosenbergs Darstellung auf. Aber dann stößt man - hurra! - auf eine Idee, auf die Idee, auf die Leitidee der „völkischen“ Außenpolitik: ihr Ziel muß sein „Raum und Boden für ein deutsches Geschlecht von hundert Millionen“, Siedlungsland für deutsche Bauern. Über die Politik einer angeblich revolutionären und sozialistischen Partei wie der Hitlers denkt nicht etwa daran, dieses Siedlungsland durch Zerschlagung des ostelbischen Großgrundbesitzes zu gewinnen - weit gefehlt! Das Mittel heißt vielmehr „Ausweitung“ des deutschen „Lebensraumes“ nach Osten, deutlicher: Krieg gegen Polen, Tschechen usw. zum Zweck der Ausrottung oder Verdrängung dieser Völker. Um Ackerland zu bekommen, also für ein Ziel, dessentwegen sich primitive, rein agrarische Stämme auf der Stufe der Naturalwirtschaft schlagen, soll sich das deutsche Volk in den Maschinen- und Giftgasrieg des zwanzigsten Jahrhunderts stürzen!

Aber greift Herr Rosenberg nun etwa kühn zu Schwert und Brünne, um forsch ein Jung-Stiegfried mit allerdings jüdischem Namen, gen Ostland zu reiten? Mit nichts! Er beginnt mit einemmal „realpolitisch“ zu denken, es gehöre er einem Volk nicht von „Helden“, sondern von „Händlern“ an. Der Erb- und Erzfeind ist für ihn Frankreich, ein teufliches Gebilde, das nicht weniger im Schilde führt als die „Afrikanisierung“ Europas mit Hilfe der schwarzen Kasse. Aber da Frankreich von Waffen starrt, ist das entwaffnete Deutschland allein zu einem Kriege gegen diesen „Mutiattenstaat“ unfähig. „Es muß also“ - ei, ei! - durch eine kluge Außenpolitik erfolgen, was ihm an äußerer Kraft mangelt. Dies ist aber nur dann möglich, wenn es sich mit Mächten auch - hört, hört! - „untergewissen“ Opfern, verbündet, die an einer Vorherrschaft, ja, überhaupt an einer Herrschaft Frankreichs kein Interesse haben.“ Also schmirt sich Rosenberg mit treudeutschem Augenaufschlag und würdelos an Mächte des „Feindbundes“ an.

Zunächst an Italien. Zwar waren die „Kagelmacher“ 1915 und später für Hitler und seine Gesinnungsgenossen das Beräthlichste vom Beräthlichen, aber durch den Faschismus haben sie sich herausgepaakt. So liegt Rosenberg Mussolini lebhaft im Ohr, er möge doch um Himmelswillen einsehen, daß ein Zusammengehen zwischen Faschismus und Nationalsozialismus dem Interesse beider entspreche. Im Bunde mit Deutschland, das Südslawien niederhalten werde, könne Italien nachpolitisch gegen Frankreich treiben, Nordafrika und Karthago erobern und so weiter. Die 230 000 Deutschen in Süditalien, die der Faschismus schändlich entnationalisiert, Kleinigkeit, die gehören eben zu den „gewissen“ Opfern, die man bringen muß! Darum schäumt Rosenberg vor Zorn nicht etwa gegen den Faschismus, der die Südtiroler vernichtet, sondern gegen die deutsche Demokratie, die sich der Südtiroler gegen die faschistische Vergewaltigung annimmt.

Aber da Italien es nicht mit England verbergen kann, liebert Rosenberg sich auch an diese „Kriemhildin“ an. Gott segne England als den geborenen Bundesgenossen eines „völkischen“ Deutschland! Bismarck: da Rosenberg gehört

Das Reichsbanner zur Lage

Bundestagsführung des Reichsbanners in Magdeburg

Magdeburg, 22. September. (Eigener Funtribeicht.)

In Magdeburg beschäftigte sich am 20. und 21. September eine von allen Gauen beschickte Bundestagsführung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold an der auch Anzahl bedeutender Persönlichkeiten des republikanischen Lager teilnahmen, mit der durch den Wahlausfall gegebenen politischen Lage.

Bundesvorsitzender Hüring stizierete in einem Referat den letzten zwölf Jahren in Deutschland vor sich gegangene Entwicklung der politischen Machtverteilung. Es wäre ein Fehler republikanischen Parteien, daß sie trotz aller Mahnungen die nationalsozialistische Gefahr unterschätzen. Man habe in den letzten Jahren verhältnismäßig wenig Verständnis für die Förderung gezeigt. Deutschland brauche jetzt eine starke parlamentarische Regierung, die innen- und außenpolitisch Autorität habe und vor allem versuchen müsse, durch ein großzügiges Wirtschaftsprogramm Arbeit zu schaffen. Die Hochverratspartei von rechts dürften niemals als regierungsfähig angesehen werden. Wer mit ihnen paktiere, begehe selbst Hochverrat. Reichsbanner müsse nunmehr zu einer noch größeren Aktivität übergehen. Es wäre kein Bund von Parteien, sondern überparteiliche Vereinigung von Männern aller politischen Lager. Man sei nicht abhängig, nur gebunden ans eigene Gewissen und an die Entscheidungen. Das Reichsbanner werde jede Partei unterstützen, die im Rahmen der Weimarer Verfassung für soziale und demokratische Gestaltung des Staates wirke. Planmäßige Zusammenfassung sämtlicher republikanischer Faktoren, Hebung des Kampfes, Opfermut und Disziplin seien das Gebot der Stunde für republikanischen Männer und Jünglinge.

Die ausführliche Aussprache ging vor allem auf die von den Wahlergebnissen ein und beschäftigte sich sowohl mit Methoden und Plänen der deutschen Faschisten als auch mit der jetzt von den deutschen Republikanern vornehmlich dem Reichsbanner zu erfüllenden dringlichsten Aufgaben. Die der Partei beigetretenen Kameraden gaben Erklärungen über die Lage ab. Mit der Parteieinbildung hätten sie die Aufgabe einer einheitlichen bürgerlichen Klassenfront verhindert. Ein zuverlässiger sozial-republikanischer Faktor zwischen dem Reichsbanner und den Faschisten zu schaffen wollen. In ihrem Verhältnis zum Reichsbanner habe sich weder innerlich, noch äußerlich irgend etwas geändert. Die Kameraden vom Zentrum betonen entschieden ihre Partei würde unter den Umständen der Nationalsozialisten über die Erziehungstätigkeit anzuwenden, die den Nationalsozialisten gegenüber ein Mißerfolg gewesen sei. Es müsse der Weg zu einer breiteren Basis, bestehend aus christlichen, demokratischen und sozialen Regierung gefunden werden.

Die Aussprache ergab, daß in allen Reichsbannergruppen die Kampfbereitschaft besteht und sich nirgends irgend eine Schwäche zeigt. Die Reichsbanner müssen ihre Aktivität bis zum Faschismus, soziale, demokratische und soziale Regierung

soll so wurde verlangt, Hand in Hand gehen mit geistiger und psychologischer Formierung der republikanischen, demokratischen und sozialen Front. Man verlange, daß die der Weimarer Verfassung verpflichteten Parteien sich jetzt zusammenfinden und Streitereien, die dem Gebot der Stunde nicht angemessen sind, zurücktreten lassen. Hauptaufgabe wäre die Bildung einer starken republikanischen Regierung unterschieden sozialen Geistes, gewillt ihre Machtmittel gegen Faschisten von rechts und links einzusetzen. Ein Kompromiß in der Frage, wie es sich bei Teilen der Staatspartei zeigen, müsse vom Reichsbanner leidenschaftlich zurückgewiesen werden. Für das Reichsbanner gibt es nur eine Fahne Deutschlands: Schwarz-Rot-Gold.

Bis ins kleinste besprachen die Gauführer des Reichsbanners mit dem Bundesvorsitzenden die für Kampf und Arbeit der nächsten Wochen und Monate notwendigen Vorbereitungen. So darf dann das Reichsbanner Freund und Feind versichern, daß es bereit ist, wie bisher schon in so vielen, schweren politischen Situationen auch heute und morgen die deutsche Republik und ihre Zukunft wider einen Gegner zu verteidigen.

Wechsel in der Leitung der Reichswehr

Ein Erlass des Reichspräsidenten bestimme den Generalmajor Freiherrn von Hammerstein-Equord zum Nachfolger des auf seinen Entschluß zum 30. November aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Generaloberst Heye. General von Hammerstein wird mit dem 1. Oktober unter gleichzeitiger Enthebung von der Stellung als Chef des Truppenamts zur besonderen Verfügung des Chefs der Wehrleitung gestellt.

„Kölnische Zeitung“ gegen Wirtschaftspartei

Köln, 20. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt zu dem Antrag der Wirtschaftspartei, den preussischen Landtag aufzulösen:

„Es liegt nicht die mindeste Veranlassung weder rechtlicher noch politischer Art vor, die Legislaturperiode des preussischen Landtages, die verfassungsmäßig erst 1932 abläuft, zu unterbrechen und Neuwahlen anzustreben. Im Gegenteil: Unter keinen Umständen darf es dahin kommen, daß das größte Land in eine ohnehin parlamentarische Lage gerät wie das Reich. Preußen hat andere Aufgaben als dem Nationalismus Unflut auf die Beine zu helfen. Allerdings wäre jetzt die gegebene Zeit, die schwache Koalition zu verstärken, indem man die Deutsche Volkspartei ohne das sonst übliche Hin und Her in die Regierung einbezieht. Ein derartiger Entschluß würde sich nicht allein für Preußen, sondern auch für die Reichsregierung als ein günstiger Einfluß auswirken.“

Wohin will das Zentrum?

A. Kr. Diese Frage ist heute, acht Tage nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses, noch ebenso unklar, wie in den ersten Tagen nach der Wahl. Inzwischen ist zwar eine Reihe von Auslassungen führender Politiker des Zentrums, wie Wirth und Brüning, bekannt geworden, daß ein Zusammengehen des Zentrums mit den Nationalsozialisten auf keinen Fall in Frage kommen könne. Die Zentrumspresse im Lande verhält sich aber vielfach anders. Ein besonders bemerkenswertes Beispiel ist das Hauptblatt des schlesischen Zentrums, die „Schlesische Volkszeitung“ in Breslau, weil Reichskanzler Brüning in unserem Wahlkreis gewählt worden ist, das schlesische Zentrum sich also offenbar besonders eng mit dem Reichskanzler verbunden fühlt. Da muß es besonders auffallen, daß das führende Blatt des Zentrums gerade in diesem Wahlkreis eine wesentlich andere Haltung annimmt, als sie Herr Brüning selbst bislang wenigstens nach außen hin, eingenommen hat. Freilich offen wagt sich die „Schlesische Volkszeitung“ noch nicht hervor, sie geht heute noch nicht so weit, offen für die Bildung einer Regierung zusammen mit den Nationalsozialisten einzutreten. Dafür macht sie aber deutlich genug zwischen den Zeilen Stimmung für eine solche Regierung- und Wehrheitsbildung. Andererseits vermeidet sie aber auch sorgfältig jede Erklärung, daß ein Zusammengehen mit den Nazis nicht in Betracht kommen könne. Der gestrige Sonntagsnummer des Blattes sind gleich drei Artikel (in einer einzigen Nummer!) dieser Aufgabe gewidmet. Nicht daß uns das sonderlich berührt, wir werden auch eine solche Regierungskombination mit Zustimmung ertragen, weil wir meinen, daß diese Herrschaften, wenn sie sich nicht gewaltig ändern, ja geradezu ihr bisheriges Programm verraten werden, sehr bald gründlich abgewirtschaftet haben werden, obwohl selbstverständlich schwere Gefahren für Deutschland wie auch für die Demokratie dadurch herausbeschworen werden, denen zu begegnen wir schließlich alle Kraft werden ansprechen müssen. Aber wir müssen uns doch damit beschäftigen, weil es auf die Dauer nicht geht, daß das Zentrum in dieser doppeldeutigen Haltung verharrt. Es muß Farbe bekennen, und wenn es nicht mutig und aufrichtig genug ist, das von selbst zu tun, so muß es dazu gezwungen werden.

Da ist zunächst ein Artikel, „Kürzere Zahlen“ überschrieben, in dem die Möglichkeiten der Regierungs- und Wehrheitsbildung im neuen Reichstag untersucht werden. Zwei Fälle werden einander gegenübergestellt, der Fall, daß eine mehr nach links orientierte Regierung gebildet werden sollen, und der, daß eine Rechtsregierung gebildet werden sollte. Dabei werden aber zwei Rechnungen aufgemacht, die so sonderbar sind, daß man dahinter eine bestimmte Absicht vermuten muß. Es sind Zweckrechnungen. Als „Links“-Regierung wird nämlich nicht die Große Koalition ins Auge gefaßt, sondern die Weimarer Koalition. Die Volkspartei bleibt ganz außer Betracht. Ebenso die Wirtschaftspartei. Gemäß ist die Sache mit der Wirtschaftspartei äußerst zweifelhaft, und die Möglichkeit dieser Regierungsbildung, die ja nur unter Einbeziehung der Wirtschaftspartei gegeben ist, ist sehr gering anzusetzen, aber daß man die Volkspartei schon einfach wegläßt, ist doch offensichtlich. Die andere Rechnung. Die Rechtskoalition wird nämlich ohne Hugenberg gerechnet! Begründet wird das damit, daß Hugenberg wirtschaftlich weiter rechts steht als Hitler. Man läßt also Hugenberg außer Betracht, um das einer Rechtsregierung naturgemäß von Anfang an anhaltende Obium der sozialen und wirtschaftlichen Rückständigkeit wenigstens etwas abzumildern, weil man sich in dieser Beziehung im Hinblick auf die Arbeiterwähler des Zentrums offensichtlich recht unbedachtig zeigt. Auch das ist natürlich nur ein der Stimmungsmache dienendes Randwerk. Denn glaubt man im Zentrum ernsthaft, daß Schiele, Treutwein, Hitler und selbst die Volkspartei dies Experiment ohne Hugenbergs Beteiligung machen würden? Die Leute würden ja politischen Selbstmord begehen.

Dann folgt ein großer Artikel des Prinzen Karl Anton Hohenzollern, „Stimmung am Scheideweg“, in dem ebenfalls die Möglichkeiten der Regierungsbildung erörtert werden. Dieser Artikel ist nicht so zweideutig, weil er wenigstens ernsthaft und offen auf die angedeuteten Gefahren einer Rechtsregierung unter maßgebender Beteiligung der Nationalsozialisten hinweist. Das zu unterlassen, war ja auch für den Herausgeber der „Europäischen

Presse“ wohl kaum möglich, wollte er sich nicht in seiner eigenen Arbeit um jeden Kredit bringen. Auffallend ist wie ernt in diesem Artikel Brüning davor gewarnt wird links zu gehen. Er wird davor nicht nur deshalb gewarnt die Werts der Linkskoalition zu schwach sein wird, sondern deshalb, weil die zu erstrebende politische Wirkung, die Wirkung einer weiteren Radikalisierung des deutschen Volkes erreicht werden könne. Er tritt dann positiv für eine Regierung der Persönlichkeiten ein. Was eine solche bedeutet, weiß ja. Meist bedeutet sie nur eine Radikalisierung oder, wie man so schön sagt, Tarnung einer sozialreaktionären Rechtsregierung, die praktisch dann doch auf die Hilfe der Nazis angewiesen ist.

In derselben Richtung geht dann die Zusammenfassung Pressstimmen aus dem sozialdemokratischen Lager. Sie soll zwei dienen, zu zeigen, daß die Sozialdemokratie sich nicht an einer Linkskoalition beteiligen wolle. Auch darüber lediglich für eine Beteiligung des Zentrums an einer Regierung geworden werden.

Es kommt uns hier nicht auf das an, was sachlich zu Darlegungen zu sagen ist, und ob wir selbst auch die eine andere Kombination für möglich und wünschenswert halten wollen mit dem Vorstehenden nur die Zweideutigkeit der Stellung des Zentrums feststellen und davor warnen, den oben erwähnten Erklärungen der Führer des Zentrums ohne weitere zu trauen. Man muß durchaus damit rechnen, daß nur das das Zentrum eine Regierung unter Führung der Nazis mitmacht, wenn eine an Regierungsbildung nicht möglich ist, sonst daß es sogar selbst im Stillen und hinter Kulissen auf eine solche hinarbeitet, auch wenn eine andere Regierungsbildung an sich möglich wäre, daß es also positiv nach rechts will.

Rücktritt des Präsidenten der Bank von Frankreich

Er ist mit Tardieus leichtsinniger Finanzpolitik unzufrieden. Paris, 20. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzpolitik Tardieus und seines Finanzministers Renaud, die in dem Budget-Voranschlag für die nächsten ungedeckten Ausgaben und im Ablehnen von der hausväterlichen Sparpolitik Painlevés ihren häufigsten letzten Ausdruck gefunden hat, scheint zu einer Spaltung zwischen der Regierung und der Bank von Frankreich geführt zu haben. Schon seit einiger Zeit gibt Gerüchte um, daß der derzeitige Gouverneur der Bank von Frankreich, der im Jahre 1925 von Cail্লাug an die Spitze der französischen Zentralnotenbank berufen worden war, gegen etwas kavaliermässigen Finanzmethoden Tardieus und Renaud Bedenken erhoben habe. Er scheint jetzt die Verantwortung der Geld- und Währungsfrage Frankreichs nicht mehr übernehmen zu wollen, denn er hat schon dem letzten Ministerrat am vergangenen Donnerstag seine Demission unterbreitet.

Offiziell begründet man den Rücktritt des Staatspräsidenten mit Gesundheitsrücksichten. Die Tatsache aber, daß Renaud ausschließlich die Leitung einer Pariser Privatbank übernehmen wird, will damit nicht übereinstimmen. Als Nachfolger wird Pariser Finanz- und Börsenkreisen in erster Linie der bisherige Minister Germain Martin, dann der hiesigretretende Gouverneur der Bank von Frankreich Moret und schließlich der Direktor der Staatlichen Depositenkasse Lamery genannt. Die Entlassung dürfte voraussichtlich im kommenden Ministerrat am 4. Oktober erfolgen.

Amerikanische Vorwürfe gegen Rußland

Washington, 20. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Bundessekretär für Landwirtschaft und Hygiene, erhebt gegen die Sowjetregierung Vorwürfe rüchiger Spekulationer Weizenbäule. Verkauf von der Chicagoer Produktenbörse. Die russischen Weizenverkäufe seien in letzter Zeit nur spekulativen Zwecken getätigt worden und verfolgten die Absicht, die Weizenpreise und die amerikanischen Farmer zu ruinieren. Die Lieferung verkaufter Weizenmengen sei bei dem gegenwärtigen amerikanischen Zollfuß von 42 Cent pro Bushel abnorm niedrig. Nach Feststellungen der Bundesbehörden habe die russische Textilsyndikat in Washington bereits Baillie-Berlin von mindestens 5 Millionen Bushel zugegeben. Nach anderen Quellen sollen die Verkäufe über 15 Millionen Bushel ausmachten. Hyde fordert die Chicagoer Produktenbörse zum Schluß ihrer öffentlichen Erklärung zu energischem Vorgehen gegen die präsumierende Praxis der Russen auf, die darauf hinausläufe, gemeine Unruhe unter der amerikanischen Bauernschaft hervorzurufen.

hat, daß die britische Politik immer eines Dagens auf dem Festland bedürftig, bietet er freilich selbst das deutsche Schwert an. Verteilung der Rollen: Deutschland spielt den Landsknecht Englands gegen Moskau und hilft das britische Imperium gegen die Emanzipationsbestrebungen der unterdrückten Völker sicher zu stellen, dafür wirft England Frankreich nieder, wenn es in den deutschen Eroberungskrieg gegen Polen eingreifen will, und alles ist in Butter.

Ist das alles? Ja, das ist alles! So simpel spiegeln sich in diesem ausgeruhten Kopf die Probleme der Außenpolitik.

Aber ein paar Halen sind doch dabei. Herr Rosenberg selber weiß, daß der Faschismus nicht antisemitisch ist und unter seinen Führern und Förderern Juden zählt, und steht auch in der englischen Politik aller Parteien mächtige jüdische Einflüsse. Soll nun das Bündnis des „völkischen“ Deutschland mit den beiden Staaten aufgehoben werden, bis es könnte etwas lange dauern! — der Faschismus sich dem Antisemitismus zuneigt, und in England eine jüdenfeindliche Revolution gefügt hat? Oder zieht Herr Hitler italienische jüdische Generale und britische jüdische Diplomaten bewegt an seine Germanenbrust? Und wähnt Herr Rosenberg, daß das waffenstarrende Frankreich gemächlich abwarten wird, bis das „völkische“ Deutschland zum Krieg gegen Polen fertig gerüstet hat? Und glaubt überhaupt ein Denker, daß Italien und England Hilfe leisten, damit Deutschland einen wilden Eroberungskrieg gegen Osten führen kann und, wie es das nationalsozialistische Wehrprogramm heißt, seine „Vorherrschaft in Europa“ aufrechterhält?

Doch zu diskutieren, lohnt nicht. In dem Buch wie in der ganzen sogenannten Außenpolitik der „Partei der Rettung“ steckt nicht die Spur einer Idee, es ist nur verantwortungsloses Stammtischgeschwätz. Und das enthält, neben den sozialen, ökonomischen und politischen Motiven, die psychologischen Gründe für den nationalsozialistischen Erfolg: alle Denktügel und geistig Minderbemittelten, alle Wichtigtuer, Ubrausenmacher, Maulhelden, Bierbankstrategen, Sprachschnapper — sie finden in der Bewegung Hitlers ihre politische Bestätigung. Der Nationalsozialismus ist der wildgewordene Stammtisch, der in die Politik tritt. Was nicht bedeutet, daß ein wildgewordener Stammtisch nicht gemeingefährlich werden könnte, wenn man ihn an die Macht läßt. Aber das tut man nicht. Hermann Wendel.

Breitfcheit spricht erneut über die Lage

Paris, 22. September. (Eigener Funkbericht.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitfcheit ist wiederum von einem Pariser Blatt, und zwar diesmal vom „Excelsior“ über seine Ansichten befragt worden, welche Regierungsmöglichkeiten sich im neuen Reichstag eröffnen. Dr. Breitfcheit betonte, er halte eine Rechtsregierung unter Hitler für ausgeschlossen, schon deshalb, weil die stillen Geldgeber Hitlers aus der Hochfinanz und der Schwerindustrie von seinem Wahlsieg allem entsetzt seien. Zur Bildung einer Linkskoalition sei die SPD. durchaus bereit, doch habe sie selbstverständlich ihre Bedingungen zu stellen. Weibing und die bürgerlichen Sozialisten können für diese Koalition auch ihrer Weibingbereitschaft noch nicht reif zu sein. Wahrscheinlich werde der Reichskanzler einen dritten Weg beschreiten, nämlich den, die Einberufung des Reichstages einfach abzuwarten und zu versuchen, irgend eine Mehrheit für seine Finanzgesetze zu finden. Aber auch in diesem Falle werde Brüning unbedingt genötigt sein, mit der SPD. in Fühlung zu treten, was er bisher allerdings noch nicht getan habe. Im übrigen, betonte Breitfcheit, solle man sich ins Ausland wegen einer etwaigen Schenkung der deutschen Außenpolitik keine Sorgen machen. Die Sozialdemokratie werde jedenfalls alles tun, um sie zu verhindern. Sie sei sich mehr denn je bewußt, daß sie und ihre Anhänger die Aufgabe hätten, als Soldaten des Friedens zu wirken.

Ausbildung des türkischen Kabinetts

Istanbul, 22. September.

Wie Times aus Konstantinopel meldet, hat Premierminister Ismet Paşa beschlossen, zurückzutreten, damit das Kabinetts zu bald wie möglich ausgebildet werden kann. Dem Blatt zufolge ist nicht anzunehmen, daß die zurückgetretene Ismet Paşa in der Besetzung der Ministerposten zum Sturz Ismet Paşas und zur Übernahme der Regierung durch Fevzi Bey führen werden, es sei denn, daß Ismet Paşa sein Vertrauensvotum in der Nationalversammlung, deren außerordentliche Session jetzt beginnt, erhalten würde.

Henker Johnny

Roman von Myrtle Johnson
Aus dem Englischen übertragen von Franz Hein

„Ich wundere mich über Sie beide“, erwiderte Anna, daß Sie Ihre Zeit auf so dummes Geschwätz verwenden. Der ganze Tag wachte Sie das ja, während Ihr Kinder nicht einmal einen Augenblick schlafen. Es ist eine Schande für Sie, daß Sie in der idyllischen, umschlossenen Wohnung aufsitzen, die Sie haben. Selber Sie nur die Katzen sind sich nicht einmal angezogen. Schmecken sollten Sie sich, wenn Sie sich das Zimmer anschauen und das Kind da, das schlief und warm angezogen ist.“

Sie hatte sofort geantwortet, nicht aber nichts von den Worten, die ihre Worte hervorzurufen mußten.

Die beiden Frauen saßen jetzt ein Tischchen aus und sprachen auf.

„Die Heiligen sollen meine Jungen sein, daß ich nicht hierher und mit mir von der da liegen lassen will, wie ich meine Kinder anziehen und waschen ist mit den Heiligen nicht toll. Die mit ihnen schlafen!“ rief Mrs. Doyle.

„Ihre Kinder haben keine Fäden angezogen? Das ist doch überhaupt nicht, so etwas Unmögliches zu sagen. Kommen Sie hier herüber, Mrs. Doyle. Guten Tag, Mrs. Doyle.“ Sie gingen zur Tür, und ihre weiteren Worte kamen durch die Spalten auf dem Fußboden herein.

Anna stand auf und trat in den Raum, um der Eltern zu sein. Sie war ein wenig verzagt und unglücklich, weil ihr großer Plan mißlungen war. Er sollte doch sein, Johnny zu die Jungen zu ziehen und die Heilige anzuziehen. Aber sie hatte von der Heilige keine Ahnung und mußte ihre nicht annehmen. Sie hatte sich entschlossen, sie zu lassen.

„Was ist das für ein Kind?“ fragte sie. „Ist es ein Mädchen, als er die Heilige anzieht. Sie sind so schön, wie ich sie schon immer ansehe, er ist so schön. Sie haben so schöne Augen und so schöne Haare.“

„Er ist ein Junge, Mrs. Doyle. Er ist ein Junge, wie ich schon sagte.“

„Er ist ein Junge, Mrs. Doyle. Er ist ein Junge, wie ich schon sagte.“

„Er ist ein Junge, Mrs. Doyle. Er ist ein Junge, wie ich schon sagte.“

„Das Kind mag, daß er erzieht, was sich ereignet hatte, und sein Schicksal war ihr unangenehm.“

„Ich kann diese Leute nicht verstehen“, begann sie, die Heilige mit einer Schelle Speck kuschelnd. „Sie sind ganz einfach unangekommen und haben ihre Strafbank hinterlassen, ganz gewöhnlich. Und dann waren sie auch so toll.“

„Gewöhnlich“, wiederholte Johnny. Er konnte sich recht gut denken, was geschah war. Er kannte die Heilige, die Frau in allen Köchern erweist hatte, und konnte es auch verstehen, obgleich er sie immer getreulich in Schutz nahm, wenn jemand mit ihm darüber sprach.

Sie sah wohl über etwas bis geworden, ich weiß jetzt nicht mehr, was es war. Und sie sah auch so unangenehm. Johnny. Nicht in, seine Heilige wollte Mrs. Doyle nicht, daß sie ihr Kind anzieht, er ist ein tolles Kind. Ich weiß, daß es nicht gehen wird, weil ich es eines ganzen Tag weinen gehört habe, als ich ihm etwas weg nahm. Später ist es gekommen, das arme, kleine Weib. Das Weib wollte sich nicht helfen lassen, wenn jemand es tun will; das ist so dumme.“

Johnny sah, wie hoher Aufmerksamkeit gelangweilt, seine Heilige liegen und ließ auf die Straße hinunter.

„Anna, als Mrs. Doyle ein Kind bekam, ließ sie da nicht zu ihr gegangen und ließ sie gehen, daß sie nicht begreift, wie sie sich lassen kann, ein Kind in die Welt zu setzen, wenn sie gar keine Hoffnung hat, es anzuziehen zu können, und ob jedes Kinder nicht genug für sie müde?“

Johnny verstand etwas unheimliches, trübendes Weib, die Heilige, die er kannte und verstand, zu verstehen.

„Ja, das habe ich getan“, gab sie zu. „Aber hat es dir etwas?“

„Mrs. Doyle ist ein Kind, das ich nicht gern haben kann.“

„Sie können gar keine Gefühle haben, wenn sie mit dem Kind ihre eigenen Kinder anziehen, und das tun sie nicht die wollen von Ihnen. Wenn das kleine Kinder klingen, wenn man nicht klingen ist, dann sind Sie zu machen.“

„Ich weiß, daß ich nicht kann, wenn sie nicht kann.“

„Ich weiß, daß ich nicht kann, wenn sie nicht kann.“

„Ich weiß, daß ich nicht kann, wenn sie nicht kann.“

„Ja, siehst du, Anna“, versuchte er schließlich zu erklären. „Sie sind stolz, diese Frauen.“

„Stolz! Red keinen Unsinn, Johnny!“

Aber er hatte recht. Die Leute in der St. Brigid waren auf ihre Art stolz und sind es auch noch heute.

Anna hatte die unklare Empfindung, daß keine Sympathie nicht auf ihrer Seite sei. Sie nahm das Stück Speck und begann zu kauen, es in Scheiben zu schneiden.

„Nächstes mal ein Heilige, wider Böse von der Straße herauf. Böse, wie freitende Kinder ihn machen. Anna ist zum Heilige.“

„Das ist Michaels Stimme!“ sagte sie.

„Ja, und wenn Johnny?“

„Wenn Johnny? Johnny, schämst du dich nicht, wenn du dich dein Sohn mit einem Haufen hässlicher kleiner Wägen der Straße ranzi?“

„Das macht doch nichts, Anna“, sagte er beruhigend. „Ich bin ein kleiner Junge war, habe ich immer mit den Nachbarkindern getauft, den ganzen Tag, und kein Mensch hat mir deswegen was gesagt.“

„Aber, ich will es nicht haben.“ Sie beugte sich auf den Boden und rief zu der ineinander verdrängten, kletternden Gruppe hinunter: „Michael, geh sofort weg von da.“

„So laß ihn doch, Anna.“ Das Kind spielt ja nur.“

„Ich bin größer als die Schande für ihn. Sei still, Johnny. Sie klettert seinen Arm an.“ Komm sofort herein, Johnny, das ist nicht.“

„Eine kleine Gefalt läßt sich aus der kletternden, eufertigen Heile und bewegte sich widerwillig, die Heile nachsteigend, die Heile zu.“

„Nicht zu, daß alle das Kind dafür quälten.“

„Johnny, der in dem Jungen Anzeichen seiner eigenen empfindlichen Hand vor Hitze und Kränkung wiederfaß.“

„Das kann er ganz gut ertragen. Er ist nicht so dumme.“

„Die Heile zu streng mit ihm, Anna.“

„Die Heile zu die Heile gehen, sagt sie herum.“

„Er ist mein Kind, und ich will ihn nicht mit dem Kind aller Anzeichen und Spielen in der Stadt spielen lassen. Ich will das nicht verstehen, da kann ich das nicht verstehen.“

Sagenhammer in Braunschweig

Braunschweig, 22. September. (Eig. Funkbericht.)

Die bürgerlichen Parteien des Landes Braunschweig hat eine grenzenlose Kagenhammer-Stimmung. Ihr knapper Wahltag (11 bürgerliche Einheitsblätter) soll sie 17 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten und Staatsparteiern gegenüber legt ihnen die Verpflichtung auf, eine Regierung zu bilden. Die Erfahrungen, die die Volksführer mit den Sozialdemokraten gemacht hat, schreit die Mitglieder der Volkspartei vor neuen Experimenten. Die Volksparteier hoffen allerdings, auf eine neue Regierung des Landes Braunschweig mehr Einfluss zu nehmen, als ihre Thüringischen Freunde, da die politische Situation des Landes Braunschweig mit wenigen Ausnahmen aus lauter unerfahrenen jungen Leuten besteht, die keine Ahnung von Regierungsgeschäften und vom parlamentarischen Spiel haben. Der Führer der völkischen Fraktion, ein braunschweigischer Landtags. Er ist heute der Führer der neuen Fraktion. Ein anderes Mitglied, ein Eisenbahnarbeiter, war früher bei den Kommunisten. Ein dritter Abgeordneter, ein junger Dauererwerber, ist bereits mehrere Male mit Gefängnis bestraft und von den Eltern aus dem Hause geworfen worden. Man hat ihn in der höchsten Stelle gesetzt, damit er die zuletzt erhaltene Strafe nicht abzulassen braucht. Die völkische Braunschweigische Landeszeitung ermuntert täglich die völkischen Parteien, den Versuch einer Regierungsbildung mit den Sozialdemokraten zu wagen, während die Volksparteier, die Presse und ihre Leute beschwören, den Versuch zu unterlassen und lieber eine große Koalition einzugehen. Die Sozialdemokraten werden sich voraussichtlich mit einem Minister begnügen, während die Deutschnationalen den früheren Finanzminister in den Reichstag und die Volksparteier den früheren Minister der Finanzen präsentieren wollen. Die Sozialdemokratie des Landes Braunschweig, die gegenüber der letzten Landtagswahl 3000 Stimmen verloren hat und die, wenn an den bürgerlichen Fraktionen, über eine qualitativ bedeutend stärkere Position verfügt, geht auf der ganzen Linie zum Kampfe über. In der ersten Landtagswahl am 2. September wird Minister Dr. Jasper, den Rücktritt von der Regierung verkünden. Der eine Staatspartei, der völkische Regierung helfen könnte, erwartet noch Direktoren aus Berlin. Er war noch vor drei Jahren Landtagsmitglied der Deutschen Volkspartei und steht auf dem rechten Flügel der Staatspartei.

Die Reichsgelder fließen in die Taschen der Großagrarien

Vor einigen Wochen hat der sozialdemokratische Abgeordnete Preussischer Landtages Hartwig eine große Anfrage eingebracht, in der von ungerechter Verteilung der Umschuldungsschuld die Rede ist. In der Großen Anfrage wird festgestellt, drei Großgrundbesitzer im Kreise Schläme über zwei Drittel für die Landwirtschaft des Kreises zur Verfügung gestellten Mittel erhalten haben.

Jetzt werden weitere Einzelheiten über den Fall bekannt. Die Landwirtschaft des Kreises Schläme sind 412 000 Mark an Umschuldungsschulden zugewiesen. Davon sind rund 204 000 Mark an landwirtschaftliche Großbetriebe und 118 000 Mark an mittelgroße und Kleinbetriebe verteilt worden. Von den für die Betriebe verwandten Mitteln erhielten: von Kleist, 100 000 Mark, von Bonin, 100 000 Mark, von Schläme, 111 000 Mark, von Schöneberg, 60 000 Mark, von Below, Kleinow, 75 000 Mark, Wächter, 19 000 Mark, zusammen 400 000 Mark. Von den Aufwendungen für bäuerliche Betriebe entfielen 21 größere und mittelbäuerliche Betriebe rund 100 000 Mark, 7 Kleinbäuerliche Betriebe rund 22 400 Mark.

Damit ist klar erwiesen, daß es in der Hauptfrage die Großagrarien sind, in deren Taschen die Reichsgelder fließen. Die kleinen Landwirte müssen sich mit Bagatellen begnügen. In anderen Kreisen sieht es bestimmt anders aus. Trotzdem laufen die kleinen Landwirte noch in der Partei nach, die sich die Vertretung der Interessen der Großgrundbesitzer zur Aufgabe gemacht haben. Kann es eine Unflughilfe geben?

Frau Kirchmann gestorben

Alm, 22. September. (Eigener Funkbericht.)

Die Abgeordnete des Preussischen Landtages, Elisabeth Kirchmann, die Frau des Reichstagsabgeordneten Emil Kirchmann, ist am Sonntagabend nach mehrmaliger Operation im Alter von 42 Jahren gestorben.

Neue Höhe eines Pilsudzkisten

Warschau, 20. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der Chefredakteur des sozialistischen „Kobala“ und bekannte Parlamentarier Kiedziakowski hat am Sonntagabend mittig im Restaurant des im Gebäude tätig angegriffen. Ein Journalist, der durch einen Artikel des „Kobala“ über die Gewerkschaft gewisser Regierungspolitiker persönlich angegriffen wurde, ging mit einem Revolver auf den sozialistischen Parteiführer los und traf ihn zweimal auf den Kopf. Der Angegriffene zog einen Revolver. Gleichzeitig eilten die Gewerkschaftsführer Kiedziakowski und Stanczyk herbei. Der Pilsudzkist, ein ehemaliger sozialistischer Redakteur — bekannt durch Arbeiterkämpfe zu spüren. Er mußte schließlich das Lokal verlassen.

Die Minderheitsdebatte beendet

England, Polen und Deutschland betreffen sich an der Minderheitsdebatte.

Genf, 20. September. (Eig. Drahtb.)

Die Aussprache über die Minderheitsfrage im Ausschuss des Völkerbundes ist am Sonntagabend zu Schluß gelangt.

Eröffnet wurde sie durch eine mit großem Beifall empfangene grundsätzliche Rede des englischen Sekretärs Burton, der in scharfer Weise die Auffassung darlegte, daß die englische Regierung als eine sozialistische Regierung in der Minderheitsfrage eine unangehörige Frage des Friedens und der Verhütung fest. England ist nicht anerkannt, daß in irgendeiner Form für eine Koalition auf diese Frage im Völkerbund etabliert. England wolle daran mitarbeiten, daß alle diese Fragen auf das genaueste behandelt werden und den Minderheiten unbedingt ihr Recht zufließen. — Der polnische Vertreter Jalecki sprach im wesentlichen in der Richtung aller Minderheitsparteien gleichmäßig auf alle Staaten, in denen Minderheiten vorhanden seien. — Der schweizerische Vertreter A. Meili hielt eine Rede, die keinen prägnanten Standpunkt abgab. Er wies darauf hin, daß in der Schweiz das Sprachenproblem und die Minderheitenfragen auf das beste durch die nationale Gesetzgebung gelöst seien.

Der holländische Vertreter van der Meer hat nochmals die Annahme von Petitionen möglichst weitgehend zu vermeiden und die Minderheitsfrage nicht als ein unüberwindliches Hindernis zu betrachten. Die Minderheiten hätten anerkannt, daß diese Petitionen und für den Frieden unbedingt notwendig seien. Man müsse man Dank sagen, weil er gesagt habe, dem Völker-

bund sei das Studium der Minderheitenfragen auf das dringendste zu empfehlen. Deutschland denke heute nicht daran, Anträge auf Abänderung der Madrider Beschlüsse zu stellen. Es wünsche aber, daß die Beschlüsse künftig besser aufgeschöpft werden und die Fragen nicht als nebensächlich behandelt würden. Deutschland müsse seine Kritik fortsetzen, bis die Handhabung der Prozedur zufriedenstellend geworden sei, wie es auch der englische Redner gefordert habe. Die Auffassung einer besonderen Minderheitenkommission seien zunächst nicht, den Rat von seiner Verantwortung zu befreien. Sie könne die Klagen zusammenfassen und in gemeinsamen Verfahren befinden, sie könne Erfahrungen austauschen und so eine gemeinsame Meinung der Welt über die Minderheitenfrage herstellen. Noch betonte schließlich noch, daß der Rat die Garantie für die Minderheitenrechte übernommen habe. Damit habe er auch die Pflicht, neue Prozeduren einzuführen, wenn er sie für notwendig halte. Es gebe Wunden in Europa, deren vertrauensvolle Behandlung unbedingt notwendig sei. Die deutsche Delegation habe eigentlich eine Entschlieung einbringen wollen, da aber inzwischen ein Berichterstatter ernannt worden sei, übergebe sie ihm die Entschlieung zur Beantwortung in seinem Bericht am den 6. Ausschuss. In dieser Resolution wird ein jährlicher ausführlicher Bericht vom Sekretariat über die Minderheitenfrage verlangt. Sie verleiht die Frage der Nachprüfung und Erweiterung der in Madrid beschlossenen Prozedur auf später und wünscht eine eingehende Behandlung solcher Fragen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius wohnte der Sitzung bei.

Die Finanzhilfe im Kriegsfall

Genf, 20. September. (Eig. Drahtb.)

In der dritten Kommission des Völkerbundes wurde am Sonntagabend die Konvention über Finanzhilfe im Kriegsfall und bei Kriegsgefahr angenommen.

Vorher gab es noch eine lange Debatte über den Artikel 35, der das Inkrafttreten der Konvention abhängig macht von dem Inkrafttreten eines Abrüstungsplanes. Der australische Premierminister Scullin betonte unter lebhaftem Beifall den entschlossenen Willen seines Landes, die Abrüstung mit allen Mitteln so rasch als möglich wirksam zu machen. Da die Grenze für die

Unterzeichnung der Finanzhilfe auf den 31. März, 1931 festgelegt wurde, bedeutet die unveränderte Annahme des Artikels 35 eine neue Willenskundgebung für eine baldige Verständigung in Abrüstungsfragen. Die Schweiz ließ erklären, daß sie wegen ihrer Neutralität die Konvention nicht unterzeichnen könne. Neuseeland, Indien und Südafrika erklärten, zunächst die Entschlieung ihrer Parlamente abwarten zu wollen. Der Entwurf wird nach seiner Überarbeitung nochmals die Kommission beschäftigen.

Dauertragung der Abrüstungskommission vereinbart

London, 22. September.

Wie der Genfer Korrespondent des „Daily Herald“ meldet, haben die Delegationen Englands, Frankreichs und Deutschlands eine stillschweigende Vereinbarung erreicht, daß die vorbereitende Abrüstungskommission vom 3. November bis Weihnachten tagen und daß im November nächsten Jahres die allgemeine Abrüstungskonferenz abgehalten werden soll. Diese Vereinbarung sei besonders der Rede Hendersons in der Völkerbundsversammlung zu danken.

Herriot für den Europa-Pakt

Paris, 22. September. (Eigener Funkbericht.)

Der ehemalige Ministerpräsident Herriot erklärte am Sonntag in einer Rede in Lyon, daß der Europa-Pakt unbedingt so schnell wie möglich verwirklicht werden müsse. Erst in einem geeinigten Europa sei der Friede wirklich gesichert. Der Kellogg-Pakt habe nur moralische Bedeutung. Wenn es einmal den Hitlerleuten einfallen sollte, die Unterschrift Stresemanns zu verweigern, hiele er nicht den geringsten praktischen Schutz, da er keine Sanktionen enthalte.

Die radikale „Ere Nouvelle“ erklärt in ihrem Kommentar zu dieser Rede unter anderem, man müsse Deutschland unbedingt davor warnen, den Youngplan anzutasten. Es wäre dies trotz der Räumung des Rheinlandes eine Verweigerung, genau wie die Tempelzerstörung Sansons. Unter den Trümmern des Youngplans würde Deutschland alle Konzeptionen und alle Freiheiten begraben, die es im letzten Jahre erobert habe.

Die Landvolkrevolte in Waldau

Landvolkleute verhindern Versteigerung und mißhandeln den Gemeindevorsteher „Es hat keinen Zweck, diesem System Steuern zu zahlen“, meint der Steuerpflichtige — Freundliche Ermahnungen gegen die Saboteure

Zu der Steuerrevolte in Waldau, Kreis Diegnitz, gibt die Regierung Diegnitz folgende amtliche Darstellung der Vorgeschichte und Ereignisse an dem Versteigerungstage bekannt:

Am 17. September sollte in Waldau eine dem Gutsbesitzer Amberg gehörige, wegen Steuerrückständen gepfändete Kasse öffentlich meistbietend durch einen Gerichtsvollzieher aus Diegnitz versteigert werden. Vollstreckungsbehörde war der Gemeindevorsteher in Waldau. Die Versteigerung ist durch etwa 200 Personen aus den der „Samtens“-Bewegung angehörigen Kreisen der Landwirtschaft verhindert worden, indem die Erschienenen jede Kundgebung des Gerichtsvollziehers wie auch des Gemeindevorstehers durch lautes Schreien und Zuhlen unverständlich machten, so daß die Amtshandlung abgebrochen werden mußte.

Zur Entstehung der Vorfälle ist zu sagen: Nachdem in der Zeitung des schlesischen Landvolkes „Die schwarze Fahne“ (Samtensbewegung) vom 12. September 1930 unter der Ueberschrift „Achtung! Zwangsversteigerung in Waldau“ dazu aufgefordert worden war, bei dem „Mittelpunkt“ Amberg in Waldau bei der Zwangsversteigerung eines Kasses wegen rückständiger Gemeindevorsteher als Bieter in Massen zu erscheinen, um angeblich einen möglichst guten Preis zu erzielen, kamen am 17. September schon morgens gegen acht Uhr etwa 24 Leute mit Motorrädern sowie mit einem Lastauto, auf dem sich Bänke befanden, und etwa acht Personenautos nach Waldau. Unter ihnen befand sich, wie der Oberlandjägermeister berichtet, auch der bekannte Landvolk-Führer, Gutsbesitzer Dr. Glöckner. Diese Leute warteten zum größten Teil im Gasthause Panofsch bis zum Termin der Versteigerung, der auf 10 Uhr angesetzt war. Zu Beginn der Versteigerung, die im Gasthause Stande stattfand, hielt ein unbekannter Redner eine Ansprache, die mit lautem Zuhlen und Schreien beantwortet wurde. Daraufhin wurde die Kasse aus dem Stalle geholt und vor dem Stalle zur Versteigerung angehängt. In diesem Augenblick setzte großer Tumult ein. Der Amts- und Gemeindevorsteher wurde anrüttelt, mit Stöcken bedroht und tätlich angegriffen. Mit den Stahlspitzen der Stöcke wurde ihm die Kleidung zerfetzt. Einige traten ihm mit Füßen, so daß er eine Beinverletzung davontrug. Außerdem wurde er vor die Brust geschlagen. Festgestellt ist, daß ein Teil der Leute unter dem Einfluß von Alkohol stand; sie sammelten aus fremden Ortschaften. Da nicht vorausgesehen war, daß ein solches Massenangebot herbeigeholt werden würde, war davon abgesehen worden, ein stärkeres Polizeigebot nach Waldau zu ziehen.

Nachdem die Versteigerung auf Weisung des Amtsgerichts in Diegnitz zunächst aufgehoben worden war, versuchte weiter eine große Anzahl der Leute unter lauten Drohungen in das Amtszimmer des Amts- und Gemeindevorstehers einzudringen, was durch die beiden anwesenden Landjägerbeamten verhindert werden konnte. Das Verhalten des Gutsbesitzers Amberg wird dadurch gekennzeichnet, daß er schon zwei Wochen vorher dem Amts- und Gemeindevorsteher gegenüber auf seine Frage, wie er sich zu den Steuerrückständen stelle, seine grundsätzliche Weigerung hinsichtlich der Steuerzahlung erklärt hat, da es „keinen Zweck habe, für dieses System Steuern zu zahlen“. Ferner hat er erklärt, daß er keine Steuern zahlen könne, weil der ganze Besitz seinem Vater gehöre. Am Standung und Erlaß ist er aber nicht eingetommen.

Zur Frage der Zulässigkeit der Pfändung der Kasse ist zu bemerken, daß sie als ein landwirtschaftliches Erzeugnis und nicht als ein Gegenstand, der zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes notwendig ist, angehängt werden muß. Andere pfändbare Gegenstände waren nicht vorhanden, da das Mobilienverzeichnis dem Vater Ambergs gehört. Der Gutsbesitzer Amberg hat gegen die Pfändung der Kasse keinen Widerspruch eingelegt; erst am Tage nach der verbotenen Versteigerung hat er dies nachgeholt.

Wenn es sich im vorliegenden Falle auch um eine grundsätzliche Weigerung, überhaupt Steuern zu zahlen, handelt, ist doch in Wiederholung früherer Presseveröffentlichungen des Regierungspräsidenten zu bemerken, daß die Steuerpflichtigen, die kommunale oder prägnante Steuern nicht zahlen können, zur Abwendung von Pfändungen sich rechtzeitig mit Standungs- und Erlaßanträgen an die Steuerbehörden wenden müssen. Diese sind vom Regierungspräsidenten in Diegnitz wiederholt und ausdrücklich angebeten, berechtigten Anträge stets in wohlwollender Weise zu behandeln.

Man vermehrt in diesem Communiqué merkwürdigerweise jede Angabe, was man eigentlich wissen will. Die Versteigerung ist „zunächst aufgehoben“, d. h. mit anderen Worten, die Landvolkleute haben einen vollen Erfolg erzwungen. Sie brauchen nur bei allen Steuerverweigerungen in entsprechender Weise aufzutreten.

die Steuerverweigerung zu organisieren und das Steuerzahlen hört überhaupt auf. Der Gemeindevorsteher oder Landrat — man denke nur an die Vorfälle in Langenöls Kreis Nimptsch — der sich etwa energisch darum kümmert, daß die Steuern bezahlt werden, ist letzten Endes der Dumme, er bekommt keine Steuern und kriegt die Landvolk-Bombenleger auf den Hals. Infolgedessen werden es sich viele Gemeindevorsteher künftig überlegen, ob sie es überhaupt soweit kommen lassen und bei Verweigerung einfach Abstand vom Steuereintreiben nehmen. Das Ergebnis einer derartigen Praxis braucht hier wohl kaum aufzerechnet werden.

Jetzt steht nur eines, daß städtische oder ländliche Proletarier nicht mit derartigen Samthandschuh angefaßt werden, wenn sie offen das Steuerzahlen verweigern — die sie von der wirklichen „Substanz“, nämlich vom notwendigen Lebensunterhalt abziehen müssen — oder wenn sie gar mit offenen Gewalttätigkeiten eine Amtshandlung zu verhindern sich erdreisten würden. Das Mindeste was von den zuständigen Behörden verlangt werden kann, ist, daß die strafrechtliche Verfolgung der Kassaubanditen gemäß Gesetz und Tatbestand erfolgt, daß aber auch die Steuerfähigkeit dieses Herrn Amberg etwas eingehender untersucht wird, wie es bisher anscheinend geschehen ist.

Eiferjuchstragödie beim Wintzerfest

Auf einem Wintzerfest in Trachenberg ereignete sich am Sonntagabend ein furchtbares Eiferjuchsdrama. Ein gewisser Schlensoj zog im Verlaufe des Festes plötzlich einen Revolver und gab auf einen anderen Festteilnehmer namens Jöy einen Schuß ab. Jöy brach sofort tot zusammen. Der Mörder richtete dann die Waffe auf die Tochter des Gastwirts, die sich im Räume befand; sie wurde durch den Schuß des Mörders am Arme verletzt. Dann erschloß sich Schlensoj selbst.

Es handelt sich um ein Eiferjuchsdrama. Schlensoj sah in Jöy seinen Nebenbuhler, den er von der Gastwirtstochter begünstigt hielt. Das Fest wurde nach der Mordtat sofort abgebrochen. In der allgemeinen Verwirrung hielt man zunächst Jöy für den Täter, doch ergaben die polizeilichen Ermittlungen bald den Tatbestand.

Waldenburg. Die Arbeiterschaft befohlen. Der Kassierer der Ortsgruppe Waldenburg des Gelamirerbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, Karl Goltich, ist nach Unterdrückung von Verbandsgeldern flüchtig geworden. Die nach dem Verhängen des G. von dem Geschäftsführer Schaden sofort vorgenommene Kassendevision hat ergeben, daß Goltich vor keinem Verschwinden nach einem größeren Betrag Verbandsgelder abgehoben hat. Wie groß die unterschlagene Summe ist, konnte noch nicht endgültig festgestellt werden, weil sich die Revision auch auf die auswärtigen Zahlstellen erstreckt. Goltich hat den angefallenen Vermögenswerten bei Revisionen immer höhere Marktenbestände angerechnet und verbucht, als er im Besitz hatte und auf diese Weise die Revisionen zu täuschen verstanden. Mit der Arbeiterbank, der er nach einer übertriebenen Weibung der Breslauer „Arbeiterzeitung“ einen großen Betrag unterschlagen haben soll, hatte Goltich nicht das Geringste zu tun.

Siebersberg. Ein neuer Kommunalrat in Sicht. 17 Stadtverordnete des Bürgerbundes und der Nationalsozialisten haben für die nächste Stadtverordnetenversammlung einen Antrag unterzeichnet, in dem der Oberbürgermeister Dr. Riedel aufgefordert wird, bis zur Beendigung seiner Dienstzeit im Februar 1931 ein sofortiges Urkassengeschäft einzurichten, da sein Verhalten eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Magistrat und Stadtparlament unmöglich mache. Der Antrag wird wahrscheinlich angenommen werden, da die Antragsteller die Mehrheit haben.

Stegau. 31 Kommunisten unter Anführung der Staatsanwaltschaft hat hier gegen 31 Kommunisten aus Glogau, die noch einer Petitionierung der Nationalsozialisten Polizei und Nationalsozialisten mit Steuern beworben hatten, Anträge wegen Auftrags- und Bandfriedensbruch erhoben. Die Antragssteller sind der kommunalistische Stadtratsmitglied Thomas Jöngs angeführt. Unter den Angeklagten befindet sich eine Frau, die ein Mitglied der Arbeiterzeitung ist. Der Opfer der Staatsanwaltschaft ist lobenswert, es wäre noch lobenswerter, wenn es sich nicht — wie es zum Teil der Fall ist — gegen 1115 auswirken würde.

Glogau, Bagnadigt. Der Arbeiter Gerhart Kubole aus Grünberg, der wegen Raubmordes an der 60jährigen Maurersfrau Emilie Siemon aus Wittgenow vom Schwurgericht Glogau zum Tode verurteilt worden ist, ist durch Beschluß des Preussischen Staatsministeriums begnadigt worden, und die Todesstrafe ist in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden. Kubole ist kaum 23 Jahre alt und stammt aus einer 16köpfigen Familie. In der Hauptverhandlung hatte er zugegeben, daß er sich Geld für einen Ausflug verschaffen wollte. Bei seinem Opfer hatte er nur 3 Pf. gefunden. Das Geld ließ er seinem Opfer, während er sich eine Stricklade aneignete.

Ottmachau. Vom Wurfspieß getötet. Als sich hier mehrere junge Leute mit Speerwerfen vergnügten, prallte plötzlich ein Wurfspieß an einem Baume ab. Er traf den 18jährigen Büroangestellten Hellmut Schulz so unglücklich, daß dieser schwer verletzt zusammenbrach. Er erlag im Krankenhaus bald darauf der erlittenen schweren Verletzung.

Polzow, Kreis Neustadt. Zu Tode gelassen. Hier wettefe der 50jährige Stellenbesitzer Winotzki, einen Liter Schnaps in kurzer Zeit auszutrinken. Nachdem er den Alkohol zu sich genommen hatte, brach er zusammen und verstarb kurz darauf an Alkoholvergiftung.

Gleiwitz. Urlaub für die Schupa. Mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen Anstrengungen, die der Wahlkampf an die Beamten der politischen Polizei und der Schutzpolizei gestellt hat, hat der Polizeipräsident, Genosse Danel, diesen einen Sonderurlaub von zwei Tagen gewährt.

Angeblieh ist dieses furchtbare Unglück darauf zurückzuführen, daß ein nicht feststellbarer anderer Wagen, der von der entgegengeleiteten Richtung kam, seine Scheinwerfer nicht abgeblendet hatte, den Wagenführer Kanjog dadurch blendete, so daß er die Fahrbahn nicht mehr sah. Nach unferen eigenen Wahrnehmungen an der Unfallstelle scheint dies aber zumindestens keineswegs eine geradezu strafliche Geschwindigkeit des Unglückswagens auszusprechen, der, wurde er wirklich geblendet, abhoppeln mußte. Tatsächlich aber muß die Gewalt, mit der er gegen den Handwagen aufzufuhr, außerordentlich stark gewesen sein; auch der Bremsweg von fast 50 Metern spricht für nicht gerade vorzügliches Fahren, das hier einem Proletarier auf furchtbare Weise das Leben kostete. Wie dem auch sei; es ergibt sich jedenfalls wieder einmal, daß es dringend notwendig ist, Kradfahrer für alle Fahrzeuge, und nicht nur für Fahrräder einzuführen bzw. im Wege der Polizeiverordnung vorzuschreiben.

Breslau, Polizeilicher Wochenbericht. In der Woche vom 14. bis zum 20. September wurden hier vier Feldbeschüsse und drei gewerdepolizeiliche Uebertretungen zur Anzeige gebracht. — Ein Kinderhüpfier wurde gefunden und bei der Polizei abgegeben.



Wasserstand

Kattibor	22.9.1930	Kanien (Unter-Regel)	22.9.1930
Kellie (Stadt)	2.35	Dobersdorf	2.60
Kellie (Stadt)	0.66	Dobersdorf	2.70
Kellie (Stadt)	1.98	Dobersdorf	2.70
Kellie (Stadt)	2.41	Dobersdorf	2.70
Kellie (Stadt)	1.12	Dobersdorf	2.70

Wassermenge (Schubhöhe) ... 106
 Württemberg v. 20.9. ... + 0.20
 Wassermenge + 16.0°

Aus der Umgebung

Fürchterliches Straßenunglück
 Schrankenwärter mit seinem Kind getötet

In der Nähe von Eybilleort wurde auf der Breslauer Landstraße am Sonnabend abend der Schrankenwärter Kanjog aus Langewiese, als er mit seinen beiden Kindern einen Kartoffel-Wagen vom Felde heimfuhr, von einem Wagen des Automechanikers Kurpehla aus Gochüh angefahren und fast 50 Meter weit geschleift. Kurpehla und seine neunjährige Tochter Ursula wurden tödlich, der zehnjährige Sohn schwer verletzt. Die kleine Ursula war kurz nach dem Zusammenstoß tot, ihr Vater verstarb kurz darauf. Der Sohn wurde mit inneren Verletzungen und einem vollständig zerhacktem Arm ins Krankenhaus eingeliefert.

Eltern! Wehbet die Lernanfänger nur in den weltlichen Schulen an!

Antilicher Wetterbericht
 des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Niederschlag nach dem Beobachtungsprotokoll)

In den vergangenen 24 Stunden ist es besonders in Oberschlesien noch zu vermehrtem Teil ergiebigeren Regensfällen gekommen. Bei anhaltender Zufuhr maritimer Kaltluftmassen haben wir bei nach West brechenden Winden weiterhin längeres Wetter zu erwarten. Bei wechselnder Bewölkung kommt es zunächst noch zu einzelnen Regenschauern.

Wahrscheinl. für das nächste Hochland und die nördlichen Mittelgebirge:
 Nach West brechender Wind, wechselnde Bewölkung, einzelne Regenschauer, kühl.

Wahrscheinl. für das südliche Hochland:
 Früher West, zeitweilig, einzelne Regen- und Graupelchauer, kühl.

Sonnenaufgang: 5,47 Uhr. Sonnenuntergang 17,56 Uhr.

Familien-Anzeigen

Am Sonnabend, dem 20. September, verstarb nach schwerem Leiden unser lieber Sohn, der
Schneidergeselle
Herbert Neumann
 im blühenden Alter von fast 19 Jahren.
 im Namen aller Hinterbliebenen
Fritz Neumann
 und Frau Klara, geb. Hamann
 nebst Brüdern u. Anverwandten.
 Bestattung: Dienstag, den 23. Sept., nachm. 4 Uhr, von St. Salvator-Friedhof, Ende Lobestraße.

Gesamtverband der Arbeitnehmer
 Fachgruppe Gärtner, Park und Friedhof
 Am Freitag, den 19. September 1930, verstarb unser Kollege
Otto Hankel
 im Alter von 55 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung Breslau.
 Bestattung: Heute Montag, nachm. 4 Uhr, auf dem Friedhof in Cosel (Parfingergemeinde) 4025

Gesamtverband der Arbeitnehmer
 Fachgruppe Post und Telegraphie.
 Am Sonnabend, dem 20. September, verstarb unser werter Mitglied, der Telegraphen-Beauftragter
Karl Brendel
 im Alter von 33 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung
 Bestattung: Dienstag, den 23. September, nachm. 3 Uhr, auf dem St. Salvator-Friedhof, Ende Lobestraße.

Am 20. September verstarb unser Kollege und Mitglied, der Tel.-Beauftragter
Karl Brendel
 im Alter von 33 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken besinnen ihm
Die Mitglieder der Stadt-Beauftragten für
Lehrerinnen der R. R. P.
 Bestattung: Dienstag, den 23. September, nachm. 3 Uhr, von St. Salvator-Friedhof, Ende Lobestraße.

Gesamtverband der Arbeitnehmer
 Fachgruppe Gärtner, Park und Friedhof.
 Freitag, den 19. September, verstarb unser Kollege, der Parkarbeiter
Karl Brier
 im Alter von 72 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung Breslau.
 Bestattung: Heute Montag, nachm. 4 Uhr, von St. Salvator-Friedhof, Ende Lobestraße.

Gesamtverband der Arbeitnehmer
 Fachgruppe Gewerbetreibende.
 Am Freitag, den 21. September, verstarb unser Kollege
Charlotte Mahn
 im Alter von 21 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung Breslau.
 Bestattung: Montag, den 22. September, nachm. 4 Uhr, von der Gedächtnis-Kapelle des Friedhofs Cosel.

Am 19. September verschied unerwartet
 der Ehrenvorsitzende unseres Vereins
Herr Konsul Theodor Ehrlich
 zu Breslau.

Wir beklagen in dem Verstorbenen einen eifrigen Förderer des Hilfswerks an den taubstummen Kindern, der mit seiner außerordentlichen Menschengüte, verbunden mit großer Lebenserfahrung, dem Verein die wertvollsten Dienste geleistet hat.

Wir werden dem Entschlafenen für seine Liebe und Treue stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Verein für den Unterricht und die Erziehung Taubstummer zu Breslau.
 an Eberhardt, Berger, Heimann.

Am 19. September verschied unser Mitglied,
Frau Martha Leichsoring
 im Alter von 45 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 Ortsverein Groß-Breslau.
 Bestattung: Dienstag, den 23. September, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Griesbach.

Deutscher Arbeiter-Verein
 Forderung! Forderung! Forderung!
 Am 21. September, nachmittags 3 1/2 Uhr
 verstarb im eigenen Hause des Generalbeauftragten für die
 Mitglieder aller Berufs, die in dem Dienste der Gemein-
 schaftlichen Wohlfahrt tätig sind, Herr
Georg Schmalz
 nach. Die Tagesordnung mit in der Besprechung be-
 schlossen. Es wird erwartet, daß alle Angehörigen
 zum Trauergottesdienst kommen und sich für die nach einer Organisation
 angestrengt in jeder Beziehung einsetzen.
 Die Ortsverwaltung, Friedrich-Rodow.

Zurückgekehrt
Dr. Ella May
 Albenstraße 36

Beauftragung Bollmann
 Berlin 3 Neue Grunowstraße 5

Wichtig! Das Spiel beginnt wichtig!
 in der
Prakt.-Theoret. Musikschule
 an dem neuen Unterrichtsversuch teilzunehmen, der
 gerade in dem Glückversuch besteht.
 Direktor Dr. Hans-Karl Müller (E. V. 21. 5.) von
Theodor Müller
 1. Lehrstuhl für Musik
 Breslau 1, Brühlstr. 45

Die Schlesische Philharmonie
 veranstaltet im Konzertjahr 1930/31
12 Sinfonie-Konzerte
 im großen Konzertsaal im
Abonnement mit 25% Ermäßigung
 Richard Lert, Berlin, als Gast
 Prof. Dr. Georg Böhm
 dirigieren je 6 Konzerte
 Mithraschlag namhafter Solisten:
 Käthe Heidebrach Ingeborg Holmgreen
 Maria Müller J. Dahmen E. Feuermann
 Edwin Fischer Pozniak-Trio Schnabel u. a.

Stuhlgänge	Abonn.-Preise
Stuhlgänge I	7.-
Stuhlgänge II	5.00
Stuhlgänge III	4.00
Stuhlgänge IV	3.00

Abonnementsbestellungen tägl. von 10-17 Uhr
 in der Geschäftsstelle der Philharmonie,
 Schadowstraße 23 (Stadttheater) für
 längerfristige Abonnenten vom 23.-27. September,
 für neu zutretende Abonnenten ab 29. Septbr.

Alles recht Larekel bei
C. Kreisheimer
 Die feine leichte 16-Pf.-Zigare

Noch nie so billig u. gut!
 Zigaretten, kostliche Wurst, nur 2.50
 Liter-Beutelchen von Kaffee ... 2.50
 Liter-Beutelchen von ... 2.50
 Liter-Beutelchen von ... 2.50

Benno Schenk sen.
 Markt 2, 1. Stock, Schadowstr.

Stadttheater
 Montag, 20.15 bis 22.45 Uhr:
Der fliegende Holländer
 Dienstag, 20.15 bis 22.45 Uhr:
 Abonn.-Vorstellung E 2
Der Barbier von Sevilla
 Mittwoch, 20.15 bis 22.45 Uhr:
 Abonn.-Vorstellung F 2
Das Dorf ohne Glocke

Lobe-Theater
 Telefon 56747
 Freitag, 20.15 bis 22 Uhr:
Gauners Himmelfahrt
 Traumbühne von
 Gerhart Hauptmann
Thalia-Theater
 Täglich 20.15 bis 22.15 Uhr
 Der große Seitenscheitelfolg
Sturm im Ballerglas
 Komödie von Franz Frank

Schauspielhaus
 Operettenbühne
 Tel. 36307 Tägl. 8 Uhr
Gastspiel Max Adler
 v. Metropoltheat. Berlin
 als Goethe
 in Lokara Welterfolg

Friederife
 Voraussige:
 Mittwoch,
 den 24. Sept., 8 Uhr
 Premiere:
Drei Musketiere

Die Welt-Meisterschaft
 1930 in Mählen.
Die letzten Tage!
 Heute Montag zeigen:
Protet-Entscheidend
 Sticks - Festschl
Dental - Kley
Entscheidung:
 Grawic - Favre
 Mickl - Kämpfer
Circus Busch
 Schan-Arena
 Tel. 29135

Vergnügungs-Palast
Broadway
 Gartenstraße 65
 Tägl. 8 Uhr, Sonnt. 5 Uhr
 Deutschlands beste
Damen-Kapelle
 8 musikal. Girls
 Morgen Singen
 Varietè-Abend
Tanz
 Eintritt 30 Pf.
 Sonnt. u. Sonnt. 50 Pf

LIEDER
 Täglich 8 Uhr
 das schönste Varietè-
 progr. u. die Original
3 FRATELLI
 Komik: Charne: Homer
 Lachen über Lachen
 Ruf 34646

Betten
 Bettwäsche
 verkauft billig
Volks-Leihhaus
 Weitenburger Platz 7.

Ritte der nächste Herr
 Meine Herren
Friscure
 Machen Sie sich
 einmal einen Ver-
 such mit meine
 guten
 Berufskleiden
 Sie werden in
 jeder Weise zu
 frieden sein
Oskar Dehme
 Neumarkt 45

Gute
Polster-Möbel
 aus eigener Werkstatt
 preiswert
 Chaiselanges
 45.-, 55.-, 75.-
 Sofas
 85.- bis 200.-
 Klubbormen
 Wöchentlich 3 Mark
Giesel
 Brühl Straße 42

Die Beleidigung
 gegen die Eheleute
 und Hedwig Hansch
 aus Würzburg, St. Ople
 nehme ich nach jahrelangem
 mühen Bergleich zum
 letzte Abbitte.
 Würzburg, 19. Septbr. 1930
Robert Thaler

Wohnungen
 Siche
 Wohnung mit Gas
 Küche
 Wohnung ohne Gas
 Offiz. B. 924 an d. Gedächtnis-
 Kapelle d. Jg. erbten.

zwei ältere Leute
 suchen
eine Stube
 am besten Oberer
 Offiz. B. 924 an d. Gedächtnis-
 Kapelle d. Jg. erbten.

ledige
 mit Kind
 sucht Gefährtin
 Offizier u. Beamter
 A. 944 an d. Gedächtnis-
 Kapelle d. Jg. erbten.

Arbeiter-Kultur-Ausstellung eröffnet

Eröffnungsfeier am Vormittag / Starke Andrang zur Ausstellung bereits am ersten Nachmittag

Arbeiter-Kultur-Ausstellung ist am gestrigen Sonntag eröffnet worden, und - was bei Ausstellungen immer festener Fall ist - bis auf die letzte Ecke, bis zum letzten Tag ist alles fertiggestellt.

Ausstellung, veranstaltet vom Arbeiter-Bildungs-Club Breslau und 35 proletarischen Kulturorganisationen, bot in ihrem Aufbau bei der Vielgestaltigkeit und Verschiedenheit der ausstellenden Verbände sicher nicht geringe Schwierigkeiten.

Gestern mittag 12 Uhr wurde die Ausstellung in feierlicher Eröffnung und in einer Reihe von Ansprachen auf die Bedeutung dieser Ausstellung und auf den Wert der Arbeiterkultur hingewiesen.

Technisierung des heutigen Arbeitsprozesses Diese Technisierung hat zwar auf der einen Seite eine wesentliche Erleichterung der physischen Arbeitsleistung durch mechanische Vorrichtungen herbeigeführt, zugleich aber den Menschen zum Diener, um nicht zu sagen zum Sklaven der Maschine gemacht.

Kulturnot der Arbeiterschaft Darum ist gerade die kulturelle Arbeit der Arbeiterschaft dringender und zu fördern. In dieser Zeit und in dieser verarmten Schlesiens Hauptstadt ist eine solche Ausstellung eine Tat, die das Interesse und die Unterstützung weiterer Kreise beanspruchen darf.

Arbeiterbildung ist schon alt, trotzdem sehen wir immer weitere Fortschritte. Heute muß der objektive Beurteiler, ganz gleich wie er weltanschaulich über die gewaltige Bedeutung der hier geleisteten Kulturarbeit anerkennen.

Arbeiterbildung ist schon alt, trotzdem sehen wir immer weitere Fortschritte. Heute muß der objektive Beurteiler, ganz gleich wie er weltanschaulich über die gewaltige Bedeutung der hier geleisteten Kulturarbeit anerkennen.

Geistige und materielle Hebung der Mitglieder Die Hebung der Allgemeinbildung angekrebt wird. Erst der Kampf der Gewerkschaften um eine materielle Besserung kann es dem Arbeiter ermöglichen werden, sich eines, wenn auch noch bescheidenen Kulturgenusses zu erfreuen.

aber hat ein Recht auf Kultur, solange wir noch kein Kulturvolk sind.

Als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei nimmt nun ihr Breslauer Vorsitzender, Genosse Ostfeld, das Wort. Schon seit 1863,

als Ferdinand Lassalle die moderne Arbeiterbewegung begründete, war es das Bestreben der sozialistischen Führung, die Arbeiterklasse auch kulturell zu schulen.

10 Jahre Prohibition in USA. Wohlfahrts-Arbeit in der Gemeinde Wien

Ueber diese beiden am gestrigen Sonntag anlässlich der Kultur-Ausstellung gehaltenen Vorträge des Professors Genossen Landler-Wien berichten wir morgen ausführlich.

Aus dem Gerichtssaal

Der Heilmittelhändler

Anfang Juli dieses Jahres wurde auf einer Wiese der 42 Jahre alte Händler Ernst K. schlafend vorgefunden. In seinem Besitz fand man eine große Menge allerlei Medikamente. Da gegen ihn eine Reihe Strafanzeigen eingegangen waren, wurde er in Haft genommen.

Acht Jahre Zuchthaus für drei schwere Einbrecher

Die drei Einbrecher, die sich vor dem Erweiterten Schöffengericht unter der Anklage des Einbruchsdiebstahls im Rückfall zu verantworten hatten, haben bereits mehr oder weniger lange Gefängnis- und Zuchthausstrafen hinter sich.

Stil an, zeigt sich eine proletarische Festkultur, die sich von den bürgerlichen Gewohnheiten stark abhebt. Besonders ist es die Arbeiter-Sportbewegung, die hier mit bahnbrechend wirkt.

Als letzter Redner nahm noch Genosse Kranold als der Vorsitzende des Breslauer Bildungsausschusses das Wort, um zunächst einmal den Dank an alle Erschienenen und allen Mitarbeitern zum Ausdruck zu bringen und kam kurz auf den

gesellschaftlichen Wert der Arbeiterbildung

zu sprechen. Die Emanzipationsbewegung der Arbeiterklasse ist mit Recht eine große Kulturbewegung. Schon das Streben der Arbeiterklasse nach Freiheit und Gleichberechtigung wie auch ihr Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen hat eine Hebung des Kulturstandes unseres Volkes und der Menschheit zum Ziel.

Mit einem weiteren Musikstück wurde die Feier, die auch auf den Sender übertragen wurde, geschlossen. Es folgte nun nach erklärenden Worten des Architekten Lange eine Besichtigung der Ausstellung, die bei allen geladenen Gästen großen Beifall fand.

Der gestrige Nachmittag und Abend zeigte bereits einen sehr starken Besuch und war wohl bester Beweis für das starke Interesse, das für eine solche Schau der Arbeiterkultur vorhanden ist.

In der nächsten Nacht verübten sie einen Einbruch bei einem Fleischermeister auf der Kospoststraße. Auch hier agierte sie zunächst still und dann riefen sie für 500 Mark Fleisch- und Wurstwaren ein. Die gelohlenen Waren wurden verkauft, das Geld geteilt.

In der Verurteilung ihr Kind getötet

Aber außer Verfolgung gesetzt, da sie nicht verantwortlich gemacht werden kann. Am 12. Juli dieses Jahres brühten wir, daß die 40-jährige Helene Sch. von der Auguststraße ihre achtjährige Tochter Rose-Marie mit der Art erschlagen habe.

Nächtlicher Lärm auf der Straße

Was das Herz voll ist, dem geht der Mund über. Eine für ihn recht unangenehme Angelegenheit führte den Gärtner Johannes Seiffert vor das Erweiterte Schöffengericht, wo er sich wegen ruhestörenden Lärms, Verunreinigung der Straße und Beschimpfung der Reichsflaggen zu verantworten hatte.

Der vertagte Fahrkartenfälscher-Prozess

Die im März dieses Jahres verurteilten Eisenbahnfahrkartenfälscher und auch diejenigen, die bei den Reklamationen behilflich gewesen waren, haben bekanntlich Berufung eingelegt. Die Berufungsverhandlung sollte am 17. dieses Monats vor der Großen Strafkammer stattfinden.

Alles geht in die Arbeiter-Kultur-Ausstellung im ehemaligen Generalkommando, Schweidnitzer Straße

Die Gewerkschaften zum Wahlausfall

Die Zunahme der extremen Stimmen, ein Hindernis für die wirtschaftliche Prosperität Eine Warnung an die Sozialreaktion — Das positive Resultat des Wahlkampfes

Die Gewerkschaftszeitung, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), nimmt in ihrer Ausgabe vom Sonnabend, den 20. September, ausführlich zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen Stellung. Sie konstatiert, daß die Sozialdemokratie im Wahlkampf völlig allein geblieben habe. Von allen Seiten wurde sie mit Angriffen überhäuft. Von allen Kontrurrenten wurde unter den verschiedensten Vorwänden gänzlich widerprechenden Gesichtspunkten ihre politischen Meinungen und Handlungen, mochte sie sie als Regierungspartei in der Opposition betätigt oder vollzogen haben, als letzte entscheidende Ursache aller Wirren und Schäden, die im öffentlichen Leben zu beklagen waren, verhängt. Die Sozialdemokratie hat 10 Mandate in diesem Kampf verloren. Dieser Verlust ist für die Gewerkschaftszeitung, schmerzhaft und seine Bedeutung sollte nicht verkleinert werden. Beachte man jedoch bei der Wertung dieses Resultats für die Sozialdemokratie die unersättliche Wucht der Angriffe, denen die Partei ausgesetzt war, so ist die Tatsache, daß sie ihren Bestand nahezu gehalten hat, ein Beweis für ihre unerschütterliche innere Festigkeit und für die Beständigkeit des Vertrauens, das breite Volkswahl der Sozialdemokratie in den Stürmen dieses Wahlkampfes bewahrt haben und das sie ihr — damit mögen ihre Gegner rechnen — in jeder Lage bewahren werden.

Den Erfolg der Kommunisten und Nationalsozialisten dürfte man nicht als Konjunkturgewinn betrachten, sondern allein aus der Arbeitslosigkeit und der Verzweiflungserregung bedrohter Existenzen zu erklären wolle. Auf dieses Konto könne man höchstens den Gewinn der Kommunisten, aber nur einen Teil des Anwachsenden der Nationalsozialisten setzen. Soweit der Wahlerfolg der radikalen Kräfteparteien jedoch in der gegenwärtigen sozialen Lage weiter Bedürfnisgründe, namentlich der Arbeitslosigkeit, seine Ursache hat, sei er eine Warnung für die politischen Kräfte, die bisher für die Lösung der schwebenden finanzpolitischen und konjunkturalpolitischen Aufgaben keine anderen Mittel zu nennen vorgaben als solche, die die soziale Not verschärfen und den Protest der Massen gegen sie verstärken würden. Soweit eine Verwirklichung der nationalsozialistischen Parolen — und durch solche Verwirklichung könnten die Massen politischen Flugblätter nur im Lager der Nationalsozialisten gehalten werden — in Frage komme, ist die Gewerkschaftszeitung der Meinung, daß solche Erfolge durch parlamentarische Arbeit kaum erreichbar seien. Das Ministerium des dritten Reiches würde also alles von seinem annehmlichen Strahlenglanz verlieren, sobald die nationalsozialistischen Propagandastimmen gezwungen wären, mit allen politischen Fakten zu rechnen. Hier könnte bei der Führung der nationalsozialistischen Partei die Reizung zum Gewinn, die durch das starke Anwachsen der Nationalsozialisten bei der Gefolgschaft geweckten Hoffnungen auf anderen als parlamentarischen Wegen zu befriedigen. Diese Möglichkeit gehöre zu den politischen Realitäten, mit denen nach dem Wahlausfall zu rechnen ist.

Als weit bedrohlicher sieht die Gewerkschaftszeitung aber die Tatsache an, daß das Anwachsen der Kommunisten und Nationalsozialisten die Arbeitsfähigkeit des Parlaments beeinträchtigt und damit ein Hindernis für die Beilegung der Verhältnisse zur Staatsführung bildet, die als dringendste Voraussetzung für die Wiederkehr der wirtschaftlichen Prosperität angesehen werden muß. Soweit das Anschwellen der kommunistischen und nationalsozialistischen Stimmengruppen der Verzweiflung über einmündende soziale Folgen der Wirtschaftskrise entspringt, werde es bald tiefe Enttäuschung an die Stelle der Hoffnung treten, wenn die Verhältnisse mit einer definitiven politischen Entscheidung geäuert werden. Umso unentbehrlicher sei eine feste und überlegene Führung des Reiches, gegründet auf einer parlamentarischen Majorität, die sich einmütig in dem Willen, die der Lösung harrenden brennenden Fragen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens mit den Mitteln und im Rahmen der Verfassung zu meistern und diese Verfassung gegen alle Bedrohungen zu schützen, zu entschlossenem Handeln zusammen findet und unerschrocken ihren Weg zu gehen. Eine solche Mehrheit sei zahlenmäßig möglich. Wer aus einem bedrängten Blickpunkt heraus ihre Entstehung hindert, wer ihre Arbeit stört, um unermesslichen Begehrlichkeiten kleiner Kreise, um Fernwühlereien ohne Gewicht für das Gesamtgeschick Geltung zu verschaffen, trage dazu bei, daß die latent bestehenden Gefahren für den Bestand der republikanischen Freiheit, für die wirtschaftliche Entwicklung und das soziale Wohl weiter Kreise, ja des ganzen Volkes, akut werden. Der Versuch der im Kabinett Brüning vertretenen Parteien, ihre Allein Herrschaft im Reich zu errichten, sei ein Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert. Das wahlpolitische Ziel dieser Parteien, eine entscheidende Veränderung des parlamentarischen Einflusses der Sozialdemokratie zu erzwingen, sei mißglückt. In dem Wandel der Meinungen darüber sei ein positives Resultat des Wahlkampfes zu erkennen, wonach man hoffen könne, daß es der Arbeitsfähigkeit des Parlaments und der Regierungsbildung förderlich sein werde.

Von den Funktionären und Kerngruppen der Arbeiterbewegung sei der Wahlkampf mit bezeugendem Eifer und beherzter Hingabe geführt worden. Ihnen sei es gelungen, die Forderung der Sozialdemokratie zu halten. Was jedoch schon vor den Wahlen feststand, daß auch dieser Kampf um die Herrschaft im Parlament nur eine Phase eines langen Ringens der politischen Kräfte darstelle, sei durch den Ausgang des Wahlkampfes besonders offenbar geworden. Darum müßten die Entscheidung über die Schranken der Arbeiterbewegung, ihr weiteres Leben, ihre Bereitschaft zu energischem Handeln, ihr Vertrauen in die Führung, alle Eigenschaften der Stammschaften des demokratischen Sozialismus über den Wahlkampf hinaus bestehen!

Einer der deutschen Hauptauftragsgeber dieses Unternehmens ist die Deutsche Reichsbahn, die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms, das in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit eine sehr große Rolle spielt, für das notleidende Unternehmen tut, was sie kann. Wäre hier für den Reichsarbeitsminister Siegelwald nicht einmal eine passende Gelegenheit, das soziale Verhalten der Firma Orenstein & Koppel nachzuprüfen und eine entsprechende Anweisung an das zuständige Beschaffungsressort zu geben? Die Gesamtheit der Steuerzahler hat jedenfalls einiges dagegen einzumenden, daß so gut fundierte Unternehmungen den Arbeitsmarkt mit nicht mehr unterzubringenden Angestellten belasten, die mit absoluter Sicherheit für den Rest ihres Lebens Wohlfahrtsunterstützungsempfänger bleiben und der Gesamtheit zur Last fallen.

Arbeiterentlassungen bei der Berliner Verkehrsgesellschaft

Während noch am Freitag von der Direktion der Berliner Verkehrsgesellschaft versichert wurde, daß die 700 Arbeiter, die trotz der Einführung einer Feiertagsfrist im Monat beim Verkehrspersonal überflüssig geworden sind, nach Möglichkeit im Betrieb gehalten werden sollen, wird inzwischen erklärt, daß von diesen nur etwa 100 weiter beschäftigt werden können und 600 Arbeitern gekündigt werden muß. Die Entlassungen werden im Laufe dieser Woche erfolgen.

Ein Glends-Bezirk

Im Bezirk des Arbeitsamtes Siegen haben die Arbeitslosenquoten den achtjährigen Stand des Vorjahres erreicht. Jeder sechste Arbeiter des Bezirks ist arbeitslos. Von 15 000 Beschäftigten sind 8824 Arbeitslose, 7500 werden unterzählt, 1300 beziehen keine Unterstützung.

Nazi-Streifbrecher bei Schreiter in Schmarle

Infolge des von der Firma Schreiter, Möbelfabrik in Schmarle, vorgenommenen Lohnabbaues sind die dort beschäftigten Tischler in den Abwehrstreik getreten. Diese Firma sucht zwar ihre Kundenschaft in Arbeiterkreisen, scheut sich aber nicht, den Lohn ihrer Arbeiter in geradezu skandalöser Weise herabzusetzen. Schon in den ersten Tagen des Streiks wurde von der Firma der Versuch gemacht, Mitglieder der Nationalsozialisten als Streifbrecher zu gewinnen. Dieser Versuch aber scheiterte, und die besser Nationalsozialisten lehnten zuerst die Streifbrecherarbeit ab. Aber es kamen andere Nazis, anscheinend durch eine Zentrale gewonnen, als Streifbrecher angetreten. Unter ihnen befindet sich auch der Sohn des Tischlermeisters Späthe aus Peute. Auch der Werkmeister Käßner hat sich zur Streikarbeit bereit gefunden. Ein weiterer Streifbrecher ist ein gewisser Kurt Jansch aus Peute, der als Feizer tätig ist.

Wahlausfall und Börse

Börsenbericht für die Woche vom 13. bis 20. September

Wenn man die Bilanz der verfloßenen Woche zieht, stellt sich die Auswirkung der Wahlen auf die deutsche Börse und damit auf die Finanzierung der deutschen Wirtschaft klarer dar, als man anfänglich geglaubt hatte. Als das Wahlergebnis, das eine Stärkung der extremen Parteien brachte, feststand, mußte man mit stärkeren Verkäufen rechnen. Diese setzten dann auch am Montag prompt ein. Das Kursniveau wurde stark gedrückt, in einzelnen Fällen war ein Rückgang um 10 bis 20 Punkte zu verzeichnen. Die Verkäufe waren durchaus, was betont und beachtet werden muß, Panikverkäufe.

Die Panik hielt nicht lange an. Schon am Dienstag war eine Erholung zu konstatieren. Sie ging auf die Einstellung der Finanzwelt und insbesondere auf die Einstellung des Auslandes auf das Wahlergebnis zurück. Es zeigte sich, daß sich das Geldangebot aus dem Ausland nicht verringerte. Auch die Pressestimmen aus dem Ausland lauteten durchweg gefaßt und für die Börse günstig. Dazu kamen andere Antriebsmomente, so die günstige Gestaltung der deutschen Handelsbilanz im Monat August, die Kursrückstellungen im Siemenskonzern und die Vorläufe der Regierung hinsichtlich der Kapitalertragssteuer, die allerdings in ihren Auswirkungen auf die Börse weit hinter dem zurückblieb, was man von interessierter Seite dem Publikum seit Jahren erzählt hatte. Mitte der Woche gab es sogar Besserungen an der Börse. Es kam zu einigen Spezialbewegungen, die dem an sich gerade nicht erfreulichen Bild troste Farbtöne gaben.

Im großen und ganzen war die zuverlässigere Haltung der deutschen Börse, insbesondere der Berliner Börse, darauf zurückzuführen, daß man mit schnellen Entscheidungen hinsichtlich der Regierungsbildung rechnete. Die Situation sei durch folgende Kursnotierungen umrissen: Reichsbankaktien, die am Sonnabend vor der Wahl 249 notierten, gingen am Montag auf 234 zurück und konnten sich bis Mittwoch auf 238 erholen. Die Aktien der Deutschen Bank-Diskontogesellschaft (Sonnabend vor der Wahl 123 1/2) zogen von 120,5 am Montag bis Mittwoch auf 121,25 an, Norddeutscher Lloyd (31,75) besserten sich von 37,5 auf 38 1/2, S. G. Farben (157 1/2) von 147 1/2 auf 149,5, Siemens (198,25) von 184,25 auf 191,25, Salzeisenwerk (330,5) von 306 auf 319,5 und Stahltrakt (78) von 74,5 auf 75,5.

Der Freitag hat das ganze Bild über den ganzen Gewerkschaften. Es gab keine Kursrückgänge. So gingen Salzeisenwerk von 319 auf 306 zurück, Siemens von 191 auf 183, Stahltrakt von 74 auf 74,5 und die Deutsche Bank-Diskontogesellschaft von 121,5 auf 119,5. Darunter gab es Kursrückgänge um 5 bis 10 Prozent nachgelassen. Der 19. September hat also schon etwas vom „Schwarzen Freitag“ in sich. Viel schlimmer wird die Situation, wenn man den Gründen nachgeht.

Den Erfolg der Bewegung am Freitag gab das Nachlassen der deutschen Aktien im Ausland. Dagegen und Dementsprechend erlitten am Londoner Markt starke Kursrückgänge, mit dem Erfolg, daß am Freitag an der Berliner Börse keine Kursrückgänge aus dem Ausland vorlagen. Ohne Zweifel liegen hier Zusammenhänge vor. Aber man kann sich nicht darüber hinwegsetzen, daß ein hartes ausländisches Angebot vorhanden ist. An der Börse wurde daraus die Konsequenz gezogen, was in dem oben erwähnten Rückgang lagerte. Dazu kommen die Gerüchte, daß die Reichsbank bis März, bis London gekündigt habe. Die Welt das betrifft, steht nicht fest. Soll das aber, daß bei der Reichsbank eine härtere Kurs-

Einen eifrigen Schüler haben diese Streifbrecher in dem Oberlandjäger Reugebauer, der seinen Streifen, der nur mit einem anderen Menschen auf der Straße spricht, aufschreibt, jedoch sich die Streifen über diesen Herrn schon lustig macht. Es wäre uns interessant, festzustellen, auf Grund welcher Befehle der Herr Oberlandjäger die Namen friedlicher Bürger, die sich mit einem anderen auf der Straße unterhalten, feststellt.

Es wird erlauth, nach wie vor jeden Zug von dieser befreiten Firma fernzuhalten. Die Holzarbeiter-Kollegen müssen sich darüber im Klaren sein, daß das Beispiel Schreiter schnell Schule macht, wenn es gelingt, die Arbeiter auf die Knie zu zwingen.

Verbandsstag der österreichischen Metallarbeiter

Am Sonnabend wurde in Wien der ordentliche Verbandstag des österreichischen Metallarbeiterverbandes eröffnet. Zahlreiche Delegierte und Gäste aus allen Ländern Europas sind erschienen, von denen insbesondere die Vertreter der Länder mit gefährdeter oder schon aufgehobener Demokratie, namentlich Jugoslawiens, Ungarns und Polens förmlich begrüßt wurden. Der Verbandstag feiert zugleich das Jubiläum des vierzigjährigen Bestehens des Metallarbeiterverbandes.

Vom Deutschen Metallarbeiterverband ist dessen Vorsitzender Brandes anwesend, der zugleich auch den Internationalen Metallarbeiterverband vertritt. Brandes äußerte sich in seiner Begrüßungsrede über die deutschen Reichstagswahlen wie folgt: „In diesem Kampfe stand das ganze Bürgertum und die ganze Reaktion geschlossen gegen die Sozialdemokratie. Auch die Reaktion, die angeblich links steht, hat ihren Kampf ausschließlich gegen die Sozialdemokratie geführt. Die Gegenläufe zwischen Kapital und Arbeit haben ihre Siedepunkte erreicht wie noch nie. Der Schlag, den der Bürgerblock und seine Regierung gegen die Sozialdemokratie führen wollte, ist allerdings ein Schlag gegen den Bürgerblock selbst geworden. Gewiß war der Auftrieb der Nationalsozialisten gewaltig, aber gerade daraus geht hervor, daß die nationalsozialistische Bewegung keine Bewegung mit innerem Gehalt sein kann und ebenso schnell, wie sie ins Leben trat, wieder zusammenfallen und ersticken wird. Die bürgerlichen Parteien sind ausgezogen, den Marxismus zu töten in einer Zeit, wo die kapitalistische Wirtschaft ihre völlige Unfähigkeit erweist und jeder technische Fortschritt die Parteien der breiten Massen nur noch vergrößert. In einer solchen Zeit konnte ihr Ansturm keinen Erfolg haben und wenn in einer Schlammflut von Lüge und Verleumdung der Fortschritt der Sozialdemokratie, der auch der Fortschritt der Gewerkschaft ist, etwas gehindert wurde, so wird er — davon bin ich überzeugt — in der kommenden Zeit nur um so ungestümer vorwärts gehen, wofür wir ja auch in der Vergangenheit schon Beweise haben.“

Arbeitslosigkeit auch in der Schweiz

Die Besorgnis erregende Arbeitslosigkeit in der schweizerischen Uhrenindustrie hat zu Verhandlungen des eidgenössischen Volkswirtschafts-Departements mit Vertretern der beteiligten Kantone Bern, Solothurn, Neuchâtel und Genève, Delegierten der Arbeitslosenklassen und Vertretern der Uhrenindustrie Veranlassung gegeben. Die Beratungen betrafen insbesondere eine Verlängerung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung.

Frage nach Devisen eingestellt hat. Wir betonen in diesem Zusammenhang noch einmal das, was wir seit der Stabilisierung der Mark schon so oft gesagt haben: eine Gefahr für die Festigkeit der deutschen Reichsmark ist nicht vorhanden. Die Reichsbank ist durchaus in der Lage, irgend einen Angriff auf die Mark abzuwehren. Erhöht wird ihr allerdings die Arbeit dadurch, daß Wirtschaftskrisen (auch Teile der sogenannten leichten Wirtschaft, die ihrer Hülfsbegeisterung hohler auch in flingender Münze Ausdruck gegeben haben) jetzt dabei sind, eine Flucht aus der Mark zu initiieren. Dadurch wird die Festigkeit der Mark nicht angefaßt, die Verteidigung der Mark aber erheblich erschwert. Der nächste Reichsbankausweis muß ja schon zeigen, was die Markflucht der leichten Wirtschaft der Reichsbank an Devisen allein in der Woche nach den Wahlen gekostet hat.

Sollte sich die Bewegung, die man am Donnerstag und Freitag beobachten konnte, in nächster Zeit verstärken, so entsteht eine Situation, die für unsere Geldmärkte nicht gerade angenehm ist. Die ungewisse Haltung ein Hemmnis für die Anhebung unserer Wirtschaft ist und die deshalb sehr beachtet werden muß. Das man nicht mit bank- und markttechnischen Mitteln dagegen antwortet, ist selbstverständlich. Man muß dem Uebel an die Wurzel gehen und hier muß glatt heraus erklärt werden: es ist höchste Zeit, daß mit der politischen Unklarheit Schluss gemacht wird. Die Wirtschaft und vor allem die deutschen Geldmärkte verlangen diese Unklarheit nicht, die in dem Wahlergebnis in Deutschland sichtbar nicht begründet ist und von Interessentenkreisen deshalb nur anzuhalten wird, um keine politische Geschäfte zu machen, während die Volkswirtschaft unermessliche Schäden erleidet.

Eröffnung der Kölner Herbstmesse

Interessante Ansprache des Kölner Oberbürgermeisters
Am Freitag mittag wurde in Köln die Herbstmesse eröffnet. In seiner Eröffnungsrede führte Oberbürgermeister Dr. Deckerer zunächst aus, daß man auch in Zeiten harter Gedrücktheit nicht einfach den Kopf hängen lassen und es in Zeiten schlechter Wirtschaftslage die Messenveranstaltungen beibehalten solle. Deckerer äußerte sich dann über die Wirtschaftslage und machte dazu folgende Ausführungen:

Erfolg der menschlichen Arbeitstrift durch mechanische Arbeit nur dann einen inneren Zweck, wenn damit gleichzeitig eine Verbesserung und Verbilligung der Erzeugung verbunden sei, sonst sei die Rationalisierung sinnlos. Laufende Lente heißt Kosten und dafür eine Maschine laufen lassen, ohne daß das Erzeugnis einen Mehrwert bringe, sei lächerlich, ja sogar Misstrationalisierung. Das sei ein Irrtum, weil letzten Endes die Volkswirtschaft dadurch leide. Rationalisierung sei nur dann berechtigt, wenn das Produkt billiger werde, weil man hoffen könne, daß dadurch der Absatz steigt und Arbeitskräfte durch die Erhöhung der Produktion und Vermehrung des Absatzes wieder Beschäftigung finden. In diesem Sinne müsse man weiter rationalisieren.

Die Messe ist diesmal schwerer besetzt als früher, und zwar besonders die Textilmesse. Die gesamte landwirtschaftliche Produktion für den Markt ist fast vollständig. Am Freitag war die Messe verhältnismäßig ruhig besetzt. Man hat sich dabei nicht die Hoffnung nicht an einem Sonntag eröffnet und übliche Festtage besprochen. Zusammen werden von der Messe 100 000 Tonne und Haus- und Viehbedarf von auswärtigen Einkäufern auch am Freitag schon Geschäfte abgeschlossen.

Eingestelltenentlassungen bei Orenstein & Koppel

Es gibt in der Berliner Metallindustrie kaum ein Unternehmen, dessen Finanzen so in Ordnung sind und dessen Beschäftigungsgrad so befriedigend ist wie die Firma Orenstein & Koppel. Um so bemerkenswerter ist deshalb der seit Monaten systematisch durchgeführte brutale Abbau von Kapazitäten Angelegten. Seit Mai dürften mehr als 60, normierender technischer Angestellte zur Entlassung gekommen sein, die in der Reichsbahn bis zu 20 Jahre in Diensten der Firma waren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese im sogenannten „Kriegszeiten“ bedingten Entlassungen, die in der Reichsbahn bis zu 20 Jahre in Diensten der Firma waren, ein Zeichen für die Arbeitslosigkeit ist, die den Rest des Lebens preisgegeben hat. In dem Abbauplan steht es heißt es ausdrücklich, daß diese Entlassungen durch „ökonomische Maßnahmen“ bedingt seien. Auftragsmangel und finanzielle Notlage weist die Firma selbst nicht ins Feld zu sein. Das dürfte auch angesichts der Gewinn- und Umsatzzahlen des vergangenen Jahres nicht ganz einfach sein.

Nächtlicher Raubüberfall in der Wohnung

Ein Raubüberfall von besonderer Frechheit wurde in der vergangenen Nacht in Berlin verübt. Im Hause Geisbergstraße 41 bemohnte der Holzgroßhändler Alfons Spitzer eine ziemlich große Wohnung. In der vergangenen Nacht zwischen drei und vier Uhr ermachte das Ehepaar von einem Geräusch und sah, als es Licht gemacht hatte, im Schlafzimmer drei Männer mit Revolvern stehen. Diese zwangen den Kaufmann, unter ständiger Drohung mit Erschießen, anzutreten und die Schlüssel zum Geldschrank herauszugeben. Jeder Widerstand war zwecklos und auch telephonisch konnte keine Hilfe herbeigeführt werden, da alle drei Fernsprechanlagen, die sich in der Wohnung befanden, durchschnitten waren. Die Einbrecher entnahmen dem Geldschrank bares Geld und Schmuck. Was ihnen dabei in die Hände gefallen ist, steht noch nicht fest. Das Ehepaar alarmierte nach dem Verschwinden der Einbrecher von einer Nachbarnwohnung aus das Heberfallkommando, doch war bereits so viel Zeit verstrichen, daß von den Räubern keine Spur mehr gefunden wurde.

Eine Volkstheaters-Internationale

Anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums der Berliner Volkstheaters, das am Sonntag in einer Feststunde mit Ansprachen von Gerhart Hauptmann, Julius Bah und Kultusminister Grimme, sowie abends mit einer Festaufführung der „Weber“ gefeiert wurde, ist auch die sogenannte Volkstheaters-Internationale gegründet worden. Der neuen Institution, die sich dieser Tage im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses in Berlin konstituierte, umfasst Volkstheaters in Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, England, Belgien, Nordamerika und in der Tschechoslowakei.

Zwei Todestopfer bei einem Betriebsunfall

In der Maschinenfabrik Pejsche in Zweibrücken ereignete sich gestern nachmittags ein schwerer Betriebsunfall. Bei Montagearbeiten an einem Turbinen wurden die Monteure Behr und Götz, beide Familienväter, zu Tode gebracht. Die Bergung der Leichen, die in etwa 45 Meter Höhe eingestürzt waren, erfolgte in mehrstündigen Bemühungen unter Mithilfe der Feuerwehr.

Dier Jahre Suchthaus für Sandowitz

Das Schöffengericht Karlsruhe verurteilte den bekannnten Ein- und Ausbrecher Sandowitz zu vier Jahren Zuchthaus. Sandowitz, der wiederholt auf abenteuerliche Weise aus den Strafanstalten, in denen er seine Haft verbüßte, ausgebrochen war, hatte sich nach seiner letzten Flucht aus dem Zuchthaus Tegel bei Berlin nach Karlsruhe gewandt und hier in wenigen Tagen bei Gelegenheiten verschiedener Willkür in die reiche Beute in Schmuckstücken, Uhren und Kleidungsstücken gemacht. Sandowitz stand während der Verhandlung unter härtester Bewachung und war stets gefesselt.

Erkappte Falschmünzer

Durch die Wachsamkeit eines Gastwirts, dem ein junger Mann ein falsches Fünfmärkstück in Zahlung geben wollte, kam die Dresdener Kriminalpolizei einer Falschmünzerbande auf die Spur. Gleichzeitig mit dem jetzt verhafteten jungen Mann, einem früheren Bankeigenen, wurden ein ehemaliger Druckereibesitzer und zwei Mechaniker festgenommen. Das Kleingeld hatte ihm Falschgeld zuerst in der Werkstätte der Mechaniker hergestellt, später in der Wohnung des Bankeigenen. Man beschäftigte sich insbesondere mit der Herstellung von Fünfmärk-, Zwanzigmärk- und Zehnjuggermünzen.

Der Fall Cavellier

Der Verteidiger des vom Schöffengericht Jena nach dem Landgericht Weizenzers wegen gefährlicher Körperverletzung zu vier Monaten Gefängnis verurteilten französischen Schwimmers Cavellier hat die angeordnete Revision zurückgezogen. Cavelliers Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Blum, hat trotz der Unschuld seines Mandanten sich übergeben müssen, daß weder prozessualrechtliche noch materielle Revisionsgründe gegeben waren. Das Urteil gegen Cavellier ist nunmehr rechtskräftig geworden. Man aber vorläufig nicht vollstreckt werden, da sich Cavellier in Frankreich befindet. Im übrigen hat sich Rechtsanwalt Blum entschlossen, das Wiederaufnahmeverfahren zu betreiben und aus diesem Grunde den Zuchthausstrafe gegen jeden Gnadenverweis vorläufig anzusetzen.

Selbstbeziehung aus Not

Der Hamburger Polizei stellte sich ein Schlosser aus Danzig mit der Angabe, seine Mutter am 1. Juni 1930 ertrunken zu haben. Nach der Aussage bei der Hamburger Kriminalpolizei eingezogenen Aussagen der Danziger Polizei trifft diese Selbstbeziehung in keiner Weise zu. Es handelt sich um einen ehemaligen Zuchthausgefangenen, der keine zeitlichen Angaben offenbart aus Not in der Abicht machte, eine Unterkunft zu finden. 1929 hatte sich der Schlosser aus dem gleichen Anlaß bereits der Kölner Polizei mit der falschen Selbstbeziehung gestellt, fahrraddiebstahl-Vergehen zu haben.

Die Heidelberger Millionenuntersuchungen

Der frühere Rechtsanwalt und beherrschende Geschäftsführer Ludwig Müller wurde wegen der bereits gemachten in die Millionen gehenden Unterschlupfe bei der Beschlagnahme u. a. in Untersuchungshaft genommen. Er hat die Beschlagnahme eingesehen und auch erklärt, der Hauptverdächtige zu sein, hat jedoch anderen verdächtigen Personen hätte von den Beschlagnahme- und Gelduntersuchungen nichts gesagt. Man hält die Angaben Müllers jedoch nicht für glaubhaft. Alfred Goldschmidt, der bereits mit einigen Fällen unterschlupfene polizeiliche Geschäftsführer, ist ebenfalls seit einigen Tagen verhaftet. Paul Müller, der Direktor der Gesellschaft, befindet sich in der Schweiz, von wo er eher als gebürtiger Schweizer nicht ausgeliefert werden würde. Müller hat aus Furcht an die Heidelberger Richter Anträge einen Geldbrief geschrieben, in dem er behauptet, er habe sich nicht persönlich betriebl. und bei seiner Mutter nach der Schweiz nicht mehr als 20 Mark als persönlichen Besitz bei sich gehabt. Trotz dem Inhalt der Erklärung, daß er nicht nur die Hauptverdächtige und die Unterschlupfangelegenheit in Speyer gekannt, sondern auch die Gelder nach der Schweiz verschoben hat. Die Vermögensuntersuchung, deren Aufklärung sich auf 2 Millionen Mark beläuft, wird in den nächsten Tagen beendet werden. Heute soll ein Vermögensverzeichnis fertiggestellt, über 15 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, um die Vermögensgegenstände bei Heilbronn und Heilbronn zu beschlagnahmen und auch den anderen Geschäftsführern zu helfen.

In den Bierquellen der „Sieger“

Ein Gang durch die Alkoholenzentralen des Berliner Nationalsozialismus

Große Gerüchte schwirren um. Sensationsblätter, die die Konjunktur erfassen wollen, berichten tagtäglich über riesige Futtermittelbereitungen der siegestrunkenen Nazis, und die Geschäftspreste des Herrn Münzberg kann es sich nicht verkneifen, den kommenden Bürgerkrieg schon fast auf die Stunde genau anzukündigen. Man soll dieses kriegerische Geschrei nicht allzu ernst nehmen. Die Reichsregierung und vor allem die Preussische Staatsregierung sind gerüstet, einen etwaigen Ruinversuch der Nazis mit allen staatlichen Nachmitteln zu unterdrücken. Am 27. und 28. September wird der neugeborene Draf Adolf Hitler in Potsdam eine Parade seiner SA-Gaue Berlin-Brandenburg und Sachsen abhalten, zwar zum bitteren Leidwesen der zentralen Zeugmeisterei ohne das bunte Requisite der Braunhemden — nun, auch diesen Sturm werden wir überleben.

Wie aber stellen sich nun die Nazis selbst die Auswirkungen ihres Wahlsieges vor? Wie malt sich im schon an sich so wirren Kopf des Durchschnittsdeutschen die kommende politische Welt? Ein kleiner Streifzug durch die nationalsozialistischen Hauptverkehrslokale von Berlin eröffnet da mancherlei interessante Einsicht.

Beginnen wir mit dem Afrika-Kasino in der Lühomstraße. Hier versammelt sich alles, was für Hitler in den Straßen des Westens schießt, raucht und nicht, um bei einem kräftigen Rundtrunk die eigenen Heldentaten des Abends und der Nacht zu begießen. Wenn man ins Afrika-Kasino hereinkommt, stolpert man gleich am Eingang über zwei merkwürdige, sehr verwegene aussehende Gestalten mit Knäpftuch, Hemd von undefinierbarer Farbe und mächtigen Stulpenhosen, die den betreffenden Gestalten erheblich über das Körpermaß hinausgemacht zu sein scheinen. Diese beiden Jünglinge bilden sozusagen die Palastwache und sollen noch bis vor wenigen Monaten die berüchtigtesten Schläger des kommunistischen KdF gewesen sein. Nun schlagen sie mit Gott für Hitler und Vaterland Sowjetkreuze und Schädel ein. An der Theke steht in ziemlich angefeuchtem Zustand ein Hauptlein fürmerprober SA und verdrückt einen Korn nach dem anderen. „Nun, nun“, beginnt mit etwas unsicherer Stimme ein kleiner, dicker, durchaus bürgerlicher Herr, der wie ein Reihender in Schweizer-Schergarteln aussteht, das hochpolitische Gespräch, „und unter dem Reichswehrministerium machen wir's auf keinen Fall! Und vor allem muß der Polizei-Jude Ador Weiß herunter, der immer deutsche Kanonen aufeinander heßt. Wenn wir nur erst die Berliner Gruppe in der Hand haben, kommt alles weitere schon von selbst!“ Ein Augenblick verlegenes Schweigen. Dann jagt ein junger Kenia mit einem merkwürdig langen Schädel, während er sich nachdenklich am Hinterkopf kratzt: „Ist ja alles schon gut, Kamerad. Aber wenn die Schweine nun nicht parieren?“ Lotenfälle. Die SA gießt ignell noch einen Schnaps hinunter, und dann murmelt einer ein wenig schüchtern durch die Zähne: „Dann schlagen wir eben los!“

Die „Ameise“ in der Hauptstraße in Schöneberg hat schon eine gewisse Tradition. Allerdings eine einigermaßen blutige. Hier wurde jüngst der berühmte Mordüberfall auf den Zeitungshändler Heimbürger organisiert, der von einer Horde wütender Nationalsozialisten gestochen und dann nachträglich zu Tode getrompelt wurde. In der „Ameise“ ist man schon zurechtfindet. „Es kamert keine vier Wochen mehr“, sagt ein Schmeißer von vielleicht 17 Jahren, der Blitz gelebt hat. Er trägt ein überlebensgroßes Hakenkreuz auf der Brust und ist schon so herabgelassen, daß er Not-Fremd- und Hitler-Lieder durcheinander singt. Aber da ist auch ein Stammis in der „Ameise“, der dem neuen Beobachter wie ein Niederbrennstoff ausgehender Reiterstein vorkommt. Hier sitzen ehrwürdige Männer mit Bari, Kollagen und allen Insignien wohlbürgerlicher Gediegenheit, trotzdem aber organisierte Nationalsozialisten. Beunruhigt schütteln sie ihre Köpfe. „Es ist eine verdammte Zwischmühle“, meint einer und nimmt einen mächtigen Schluck aus dem Biertopf, der vor ihm steht, natürlich werden sie was von Ihren Kopf vorwerfen! Der Schlapphutgeneral Grouer wird natürlich die Reichswehr weiter vermasseln und wir werden allen Mühen dabei müssen, den die feige Fande von sich gibt. Jedenfalls wird es schwer sein, die Leute bei der Stange zu halten.“

Und zum Abbau der Passage-Bierhallen in der Nähe der Linde. Hier verkehrt ein wesentlich anderes Publikum: keine Bürger, die sich den Scherz leisten haben, einmal als „National-Sozialisten“ betrieht, dann ihr sittenreines Leben zu lassen, elegant gekleidete Reizjunge, die sich einmal der Kammer hehelen wollen, lammende Studenten mit vielen Schmissen und gar keine Proletarier. „Was das Wichtigste ist“, meint ein Herr mit einer tiefen goldenen Spille über dem gemalten Bauch,

„ist der Abbau der Löhne. Und wenn ich auch Nationalsozialist bin, wissen Sie —“ Das Weitere verhielt der Därm ein improvisierten Gefangenen, der mit hierherher Stimme anfangs siegreich die Franzosen zu schlagen. . . .

Niesenbrand in einem chemischen Großwerk

Am Sonnabend früh brach in den chemischen Werken von Dr. Kurt Albert in Amöneburg (bei Mainz) ein Feuer aus, das in den Fabrikräumen, in denen hauptsächlich Kunstharz und Teer hergestellt wird, reiche Nahrung fand. Die ganze Fabrik stand daher bald in hellen Flammen. Die Wehren aus der ganzen Umgebung, auch die aus Mainz und Wiesbaden, waren zur Stelle und versuchten, den Brand mittels Sand einzudämmen. Sie mußten sich aber in der Hauptsache darauf beschränken, benachbarten Fabriken zu schützen.

Die Brandstätte bietet ein schauriges Bild der Verwüstung. Ein Areal von etwa 3000 Quadratmetern ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden wird auf etwa eine Million Mark geschätzt. Wie stark die Rauchentwicklung war, geht daraus hervor, daß in den Morgenstunden der in der Nähe befindliche Bahnhof Viehbrich-Df berart verqualmt war, daß die elektrische Beleuchtung eingeschaltet werden mußte. Menschenleben sind zu Glück nicht zu beklagen.

Vom umstürzenden Baum getroffen

Auf dem Vinkelplatz im Norden Berlins kürzte gestern mittag beim Baumfällen ein Baum über die Absperrung hinaus in eine Menschengruppe. Zwei Personen wurden schwer, eine weitere leichter verletzt. Einer der Schwerverletzten ist auf dem Transport ins Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Schiffe in Not

In der bretonischen Küste herrscht Sturm. Mehrere Dampfer sind in Gefahr und haben Notsignale gegeben. Ein hat der griechische Dampfer „Stravondis“ durch einen Funkenprall mitgeteilt, daß der Dampfer „Dohobata“ um Hilfe bittet.

Die Marceller Funktion hat ein Notsignal des englischen Dampfers „Templemead“ aufgefangen.

Die Luft als Arzt

Auf dem psychopathologischen Kongress in Rüttich berichtete Professor Deiffauer aus Frankfurt a. M. Einzelheiten über die Entdeckung eines bisher unbekanntem physikalischen Heilfaktors in der Luft. Die neue Heilmethode ist praktisch noch nicht bis ins Einzelne ausgearbeitet, ist aber im Zusammenhang mit den elektrischen Ladungen der Luft.

Diebstahl im Lateran-Museum

Ein dreifacher Diebstahl ist im Lateran-Museum in Rom verübt worden. Die Diebe, die den Wert ihrer Beute geschätzen mußten, kletterten nachts an der Seitenfassade des Lateranpalastes empor und drangen in die Räume ein, die neben dem historischen Saal liegen, in dem im vorigen Jahre die Lateranverträge zwischen Italien und dem Vatikan unterzeichnet wurden. Wertvolle geklammerte Steine und Mosaiken fielen ihnen in die Hände, die wie man annimmt zu Liebhaberpreisen im In- und Ausland abgesetzt werden sollen. Angehend ist die italienische Polizei aber der Diebesbande auf der Spur. 18 verdächtige Personen sind festgenommen und man hofft, auch bald der Urheber habhaft zu werden.

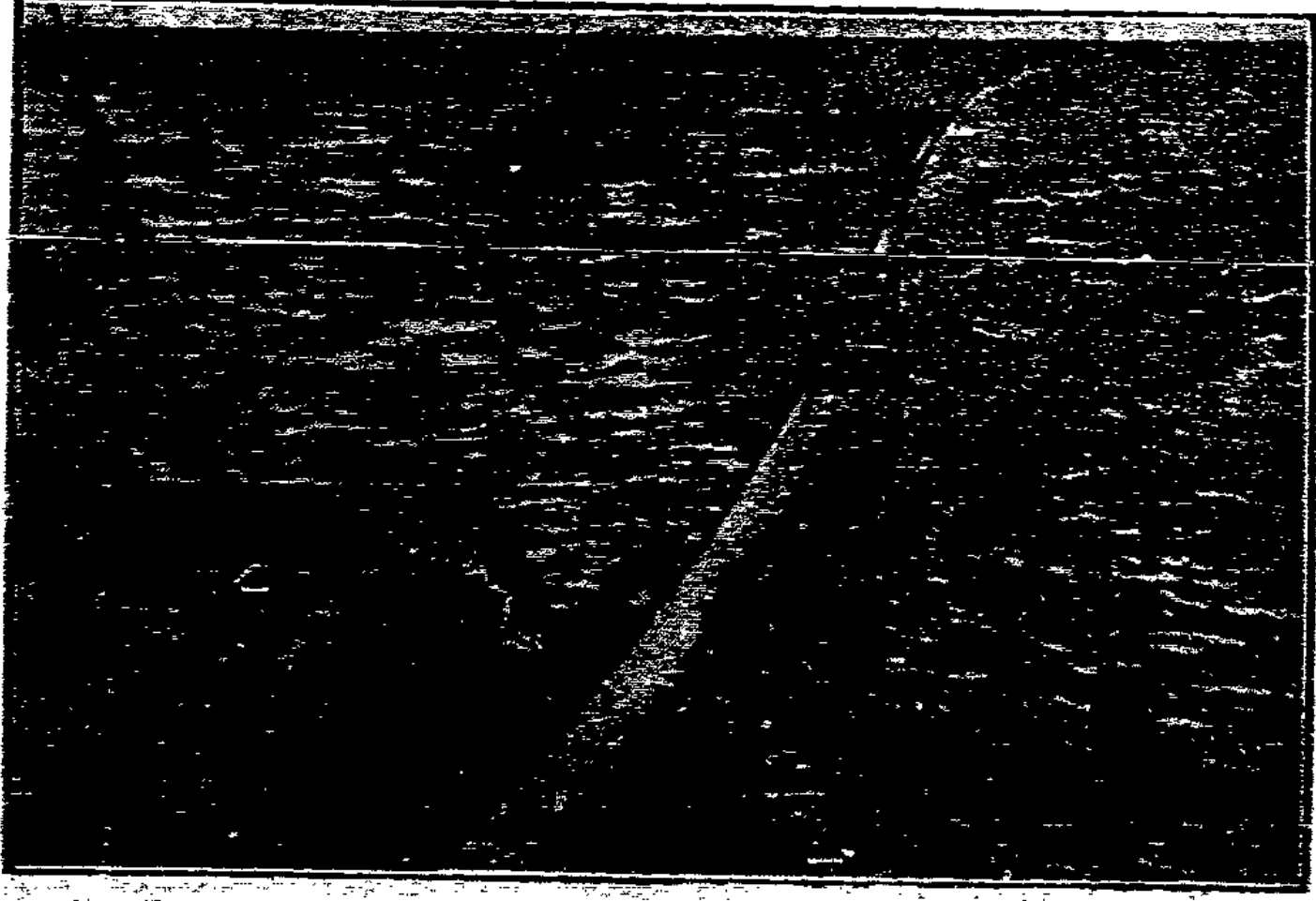
Neue Todesurteile wegen Gold- und Silber Spekulation in Sowjetrußland

Nach einer Meldung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion hat die staatliche politische Verwaltung auf Grund der Untersuchung in der Angelegenheit der Silbermünzen- und Goldspekulation acht Fehler, die zugleich auch der konterrevolutionären Agitation überführt wurden, zum Tode verurteilt. Weitere 438 Angeklagte wurden zur Internierung in Konzentrationslagern verurteilt.

Affen als Mörder

In der Nähe der nordafrikanischen Stadt Maillot ließ sich ein in seinem Auto fahrender Algerier plötzlich von zwei Affenherden umringt, die sich gegenseitig bekämpften und zum Steinen bewarfen. Als die Affen den Autofahrer bemerkten wählten sie keinen Schuß zum Ziel ihrer heinigen Angriffe und ließen nicht eher von dem Mann ab, bis er tot zusammenbrach.

Der „Ban“ des Meerestraftwerkes im Golfstrom



Die Verfertigung des Damms des französischen Projekts Gorges Claude, mit Hilfe einer 200 Meter langen und 120 Meter hohen Staumauer die erheblichen Wasserschiffe der Meerestemperatur an der Oberfläche (20 Grad) und in der Tiefe

(5 Grad) im Golf von Genua (Rube) zur Kraftzeugung auszunutzen, ist jetzt einen großen Schritt weitergekommen. Die Hauptbauphase lag in dem Verfertigen der Mauer, das nach erfolgter Verfertigung jetzt endlich gegündet ist.

